

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein Knebel gegen die Presse!

Illust hat die Straußjustizkommission, wie schon kurz berichtet, nach zweitägiger Sitzung dem Vorschlag der Regierung, die öffentliche Kritik und die Presse in schlimmster Art zu knebeln, zugestimmt. Die Regierung schlägt in ihrem Entwurf vor, die Geldstrafen und Bußen bei Verleumdungen in ganz ungeheurer Art zu erhöhen und außerdem der Wahrheit einen Riegel vorzuschleichen.

Die Erhöhung der Strafen soll darin bestehen, daß im § 186 des Strafgesetzbuchs an Stelle der Höchststrafen von 600 beziehungsweise 1500 Mk., 1000 und 10 000 Mk. treten soll. Außerdem soll die Geldstrafe im Gegensatz zum geltenden Recht mit Freiheitsstrafe kumuliert werden können. Der Vorschlag der Regierung lautet (die Änderungen sind durch Sperrdruck hervorgehoben):

„Wer in dieser Beziehung auf einen anderen eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geeignet ist, wird, wenn nicht diese Tatsache erweislich wahr ist, wegen Verleumdung mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark (bistlang 600 Mk.) oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu zehntausend (bistlang 1500) Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Auf die Geldstrafe kann auch neben der Freiheitsstrafe erkannt werden.“

Ferner soll die höchstzulässige Buße (§ 188) statt 6000 20 000 Mark betragen. Unerheblicher ist, daß die Höchst-Geldstrafe bei Verleumdungen statt 900 Mk. fortan 3000 Mk. (ohne Kumulierungsmöglichkeit mit einer Freiheitsstrafe) betragen soll. Eine andere Erklärung als die, daß die Regierungen sich dadurch auf Umwegen ein Mittel verschaffen wollen, ihnen unbequeme Kritiker und eine ihnen unbequeme Presse einfach vernichten zu wollen, ist undenkbar. Freilich behaupteten die Regierungsvertreter, die Strafen würden nur auf die Revolverpresse Anwendung finden; ausdrücklich erklärten sie und selbst der konservative Abg. Dr. Wagner, daß die sozialdemokratische Presse sich frei von den Auswüchsen einer nach Sensation haschenden Presse und natürlich von Revolvertum halte, diese vielmehr nachdrücklich bekämpfe. Im Gesetz hat das keinen Ausdruck gefunden. Jede schon heute der Schlinge des § 186 leicht verfallende öffentliche Kritik ist mit den neuen drakonischen Strafen des § 186, die über die Strafandrohungen gegen bewußte Verleumdung hinausgehen, bedroht. Und für diesen Preßknebel stimmte auch der „freisinnige“ Abgeordnete Dr. Heckscher, dagegen stimmten die übrigen freisinnigen Kommissionsmitglieder, der freikonservative Abgeordnete Doerksen und die Sozialdemokraten. Schon jetzt ist es möglich, bis auf zwei Jahre zu erkennen. Die Kriminalstatistik zeigt, daß die bestehenden Strafandrohungen mehr als ausreichen. Die letzte amtliche deutsche Kriminalstatistik (über das Jahr 1907) weist an Verurteilungen wegen Verleumdung und übler Nachrede (§§ 185, 186) 86 096 Verurteilungen auf. Auf die Höchststrafe von 2 Jahren wurde nur in einem Falle, auf Gefängnis von 1—2 Jahren in 13 Fällen, auf Gefängnis von 3—12 Monaten in 458, auf Gefängnis von 1—3 Monaten in 1475, auf Gefängnis von 8—30 Tagen in 3523, auf Gefängnis von 4—8 Tagen in 2356, auf niedrigere Gefängnisstrafe in 733, auf Haft in 366, auf Geldstrafe in 50 990 und auf Verweis in 296 Fällen erkannt. Die Statistik erweist, daß nicht der geringste Anlaß zur Erhöhung der Strafen oder gar zur Kumulierung vorliegt. Und da findet sich eine Reichstagskommission, die, unter dem Vorgeben, gegen Skandalblätter vorgehen zu wollen, die anständige öffentliche Kritik und die oppositionelle Presse mit Vernichtung bedroht. Hiergegen ist es Pflicht der gesamten anständigen Presse, ohne Unterschied der Parteirichtung, den energischen Widerstand, der sich im März 1909 gegen die Vorlage erhob, nunmehr gegen die Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zu richten. Bereits am Dienstag soll die zweite Lesung stattfinden. Die anständige Presse, die es wagt, gegen Mißstände aufzutreten, die sich der Unterdrückten und der Verfolgten gegen ihre mächtigen Widerlager annimmt, wird durch den Kommissionsbeschuß aufs schlimmste bedroht. Kein Zeitungsmann ist selbst bei der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt davor sicher, daß nicht einmal ein Wort zu viel, eine etwas zu weitgehende Behauptung in die Artikel seines Blattes gerät. Einer

gleichen Gefahr unterliegt jeder Redner; niemand ist sicher, daß der Richter die Zeugnisse, die ihm vorgeführt werden, nicht anders bewertet, als der Redakteur oder Redner; 99 Prozent der Verurteilungen sind erfolgt, weil der Wahrheitsbeweis nach Ansicht des Richters nicht voll erbracht war. Und in wie vielen Fällen ist Verurteilung lediglich deshalb erfolgt, weil Beamten verboten wurde, auszusagen, weil er sonst die Wahrheit des Artikels oder der Rede hätte bekunden müssen!

Aber mit dem einen Knebel ist's der Regierung und der Kommission nicht genug. Unter dem Vorgeben — mag sein im aufrichtigen Bestreben — jene von jedem anständigen Menschen verdamnte Privatskatscherei, insbesondere über eheliche oder außereheliche Vorgänge privater Natur, zu hindern, schlug die Regierung vor, dem § 186 zuzufügen:

„Bei einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Verleumdung tritt die Bestrafung ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache ein, wenn diese lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht betreffen.“ Eine Beweisaufnahme über die behauptete oder verbreitete Tatsache ist nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig.

Daß eine Schädigung der berechtigten Interessen durch diese Vorschrift erreicht wird, daß den gemeinsten Ausbeutern segner Unerfahrenheit geradezu ein Freibrief und eine Prämie bis 20 000 Mk. durch diese Vorschrift gegeben werden könne, wurde in der Kommission anerkannt. Unerkannt desgleichen, daß die Begriffe „Verhältnisse des Privatlebens“ und „öffentliches Interesse“ undefinierbare Kautschukbegriffe sind. Die Fassung der Regierungsvorlage wurde verworfen, aber folgender nicht minder gefährliche Antrag Dr. Wagner und Grüber angenommen:

§ 186 a.  
Bei einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Verleumdung tritt ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache die Bestrafung nach § 186 wegen Geheimnisbruchs ein, wenn diese Tatsache lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht betreffen.

Es bedarf keiner langen Darlegung, daß auch diese Vorschrift die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit und der Presse vielleicht entgegen der Absicht der Antragsteller bedroht. Was ist ein „Verhältnis des Privatlebens“, das das öffentliche Interesse nicht berührt? Berührt die Aufdeckung einer Putschverschwörung in einer Fabrik, die Aufdeckung der „Verhältnisse des Privatlebens“ irgendeines Wüßlings, die in massenhafter Verführung unschuldiger Mädchen besteht, das „öffentliche Interesse“? Ist der Schweinigel ein Ordnungsmann, ein Ordnungshüter, so wird in 99 von 100 Fällen die Frage verneint werden, und der Redner oder Redakteur, dem das Verdienst zukommt, vor solchem Volksverwüster gewarnt zu haben, fliegt, weil die von ihm behauptete Tatsache wahr ist, ins Gefängnis. Das heißt in der Tat die Gerechtigkeit geradezu auf den Kopf zu stellen und zur willfährigen Dirne für gemeinschädliche Halunken herabwürdigend. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Leg Eulenburg nannte man die Vorlage bei ihrem Erscheinen. In der Tat, dies Wort kennzeichnet den Geist der Vorlage und des ihr gleichstehenden Kommissionsbeschlusses trefflich. Fürst Eulenburg befindet sich noch heute auf freiem Fuß und ohne Verurteilung. Wer aber wagt, Schweinereien, die, weil es Schweinereien sind, die „lediglich das Privatleben“ eines hochgestellten Sittlichkeitsheuchlers betreffen, öffentlich aufzudecken, wird durch die Vorlage, auch wenn er bis aufs Tüppelchen über dem i den vollen Beweis führt, wegen Aufdeckung einer gemeingefährlichen Heuchelei mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit 10 000 Mk. Geldstrafe sowie mit 20 000 Mk. an den Schweinigel zu zahlender Buße bedroht. Das ist die Gerechtigkeit!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission beantragten, die Redner und die Presse gegen mißbräuchliche Anwendung des Verleumdungsparagraphen durch Annahme folgender Fassung des § 193 (die Änderungen sind durch Sperrdruck hervorgehoben) wenigstens in etwas zu schützen:

„Zelbende Urteile über wissenschaftliche, künstlerische, gewerbliche, politische oder militärische Leistungen, ungleichen Äußerungen, welche zur Ausführung oder Verteilung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen oder Dritte angehende Interessen, insbesondere auch öffentliche Interessen, auf politischem, religiösem oder anderem Gebiet oder solcher Interessen, die zur Ausübung eines berechtigten Berufs gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, öffentliche Anzeigen oder Urteile von Seiten eines Beamten und

ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Verleumdung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.“

Der Antrag wurde niedergestimmt. Auch die Freisinnigen stimmten gegen die beiden Einschaltungen „ihn oder Dritte angehender“ und „oder solcher Interessen, die zur Ausübung eines berechtigten Berufs“ (wie der Presse)! Die Presse ohne Unterschied der politischen Richtung sollte gegen diesen Wechselbalg der Gesetzgebung Sturm laufen, damit die einer freien öffentlichen Kritik zugehörte Fessel nicht Gesetz wird.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Zur Reichstags

wurden am Freitag zunächst die namentlichen Abstimmungen über den Toleranzantrag des Zentrums und unsern Zusatzantrag vorgenommen. Für den letztern stimmten außer unserer Fraktion nur noch die Freisinnigen. Gegen den ebenso inhalts- wie harmlosen Zentrumsantrag stimmte der sich immer mal wieder von Zeit zu Zeit zusammenfindende Hottentottenblock und so fiel der Antrag, wenn auch mit sehr geringer Mehrheit.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung war unsere Interpellation über die Bethmannschen Sabotageaktionen im Zunkerhanse. Der Major ließ aber durch seinen Adjutanten für den innern Dienst mitteilen, daß er am Sonnabend zur Beantwortung bereit sei. Also am Sonnabend.

Nun kam gleich der Etat des Adjutanten heran. Der Zentrumsmann Mayer-Kaufbeuren redete ein Langes und Breites über sehr verschiedene Dinge, zuletzt über den Hansabund. Außenstehende Kreise interessieren diese Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Hansabund herzlich wenig.

Die nunmehr folgende Rede des Staatssekretärs Delbrück wird ausreichend dadurch charakterisiert, daß Herr Pauli-Polsdam mit ihr völlig einverstanden war. Die Rede bestand aus tiefen Verbeugungen vor Landjunkern und Industriekapitänen, nicht ganz so tiefen Verbeugungen vor den Zünftlern und allgemeinen sozialpolitischen Betrachtungen, in denen sogar der Ausdruck Arbeitererschaft vermieden wurde. Daß die Arbeiterchaft, die Herr Delbrück nicht einmal erwähnt, existiert und ein sehr kräftiges Leben führt, bewies die scharfe und packende Anklagerede des Genossen Fischer. Der militärische Industriekapitalismus, wie ihn Delbrück mit Phrasen, Kirdorf und Genossen mit offener Brutalität vertreten, wird an dem parlamentarisch und beruflich organisierten Proletariat seinen siegreichen Überwinder finden. Nach einer Sechsbentelei des reichsparteilichen Mädchenjuchlehrers Linz verlagte man sich. Am Sonnabend kommt, wie gesagt, unsere Wahlrechtsinterpellation heran.

In der Budgetkommission des Reichstages

verlas Admiralitätsrat Harms die Protokolle über die Untersuchung, die wegen der vom Abg. Severing gegen die Danziger Werft behaupteten Unregelmäßigkeiten geführt wurde. Es wird in den Protokollen behauptet, daß die Untersuchung die absolute Unwahrheit der Severingschen Anklagen ergeben habe. Man habe die nach den eingesandten Plänen bezeichneten Löcher im Wasser gefunden, habe aber nur wertlose Abfälle gefunden. Es schiene, daß die Gewährsmänner des Abg. Severing wider besseres Wissen gehandelt hätten. Wegen der Verbrennung von Segeltuch ist der betr. Feldwebel aus dem Artilleriedepot vernommen worden. Er erklärte, daß er nur Sachen verbrannt und ins Wasser geworfen habe, die wertlos, also auch zur Flickarbeit nicht mehr zu verwenden gewesen seien. Genosse Severing erklärte demgegenüber, daß er von seinen Gewährsmännern die entgegengesetzte Nachricht erhalten habe. Er habe heute ein Telegramm erhalten, indem es heißt: „Gegenstände gefunden. Untersuchung oberflächlich, man sucht zu unterdrücken.“ Die von ihm behaupteten Tatsachen seien übrigens im allgemeinen erwiesen. Es sei z. B. erwiesen, daß Metallabfälle, die man sonst als Altmaterial verkaufe, ins Wasser versenkt worden seien. Der Aufforderung, seine Gewährsmänner zu nennen, könne er erst dann näher treten, wenn er mit ihnen Rücksprache genommen habe, und wenn der Staatssekretär erkläre, daß sie nicht gemahregelt werden würden.

Das preussische Abgeordnetenhaus

legte Freitag die Verhandlungen über den Justizhaushalt fort. Es handelte sich zunächst im wesentlichen um die Gerichtsvollzieherordnung. Der Genosse Liebke brachte die schlechte Behandlung der Gerichtsdienner zur Sprache. Dann kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über die Frage der Unterbringung von geisteskranken Verbrechern. Von den verschiedenen Rednern wurden für diese Geisteskranken besondere Anstalten ge-



fordert. Auch Genosse Liebknecht griff in die Debatte ein und verlangte mit Recht, daß auf die verbrecherischen Taten die Grundzüge angewendet würden, wie auf andere Kranke, daß ferner die Entscheidung über die Unterbringung Geisteskranker dem Strafrichter entzogen und den Medizinalbehörden überwiesen werden soll. Vor allem aber erklärte er die Einführung eines geordneten Verfahrens für die Internierung für erforderlich. Der Justizminister beschränkte sich auf die Erklärung, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, die in das Ressort des Ministeriums des Innern gehöre. Im übrigen begnügte er sich mit der Wiedergabe der hierauf bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs des neuen Strafgesetzbuches.

Nach Erledigung des Etats der Justizverwaltung verließ das Haus noch einige kleine Vorlagen, und verlagte sich dann auf Sonnabend.

Ein Antrag der Konservativen, am Sonnabend zunächst ihren Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen, fand nicht die Zustimmung der übrigen Parteien; es wurde aber beschloffen, daß dieser Antrag am nächsten Montag zur Verhandlung kommt.

### Der Vizepräsident Spahn.

Der frühere Reichstagspräsident **Ballstremer**, den das Zentrum jahrelang ins Präsidium entsandte, galt im allgemeinen als unparteiisch, und er erhielt zumeist auch die Stimmen anderer Parteien bei Neuwahlen. Sein Nachfolger, der jetzige Vizepräsident **Spahn** dürfte die Anerkennung unparteiischer Geschäftsführung kaum erlangen. Schon jetzt, einige Wochen nach Beginn seiner Amtsübernahme, werden lebhaft Klagen laut über partielle Bevorzugung der Zentrumsabgeordneten durch den Zentrumspräsidenten. Als er kürzlich zwei Zentrumsrednern hintereinander das Wort erteilte, wodurch andere schwer benachteiligt wurden, schob er das auf ein Mißverständnis; bei der Beratung des Kaligesezes wurde nur ein Rednerturnus zugelassen. Spahn brachte es aber fertig, außer dem offiziellen Zentrumsredner noch zwei weitere, indirekt zum Zentrum gehörende Abgeordnete, einen Welfen und einen Elässer, zum Worte kommen zu lassen. Auch darüber beschwert man sich, daß er in der Feststellung von Abstimmungsergebnissen zu selbstherrlich verfare und auf Durchsetzung von Vorlagen dringe, was nicht im Interesse einer gründlichen Gesetzgebungsarbeit gelegen ist.

Demnach dürfte der Herr Vizepräsident Spahn bald abgewirtschaftet haben.

### Die Antwort auf das Blutbad in Halle.

In Halle haben am Donnerstag zwei imposante Massenversammlungen stattgefunden, in denen die hallesche Arbeiterschaft flammenden Protest gegen die Polizeibrutalitäten vom vorigen Sonntag erhob. Mehr als 10 000 Menschen, darunter viele Bürgerliche, nahmen an der Demonstration teil. Das „Volksbad“ war nicht geräumig genug, um die Menschenmassen aufzunehmen. Zahlreiche Teilnehmer blieben auf der Straße. In den beiden Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche eine vernichtende Kritik an dem sinnlosen Wüten der Polizei von Halle und an der Wahrschlagsvorlage übte. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer mitten durch die Stadt, ohne daß irgend welche Inzidentfälle erfolgten. Von der Partei waren Ordner gestellt. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen, verhielt sich jedoch zurückhaltend; auch Militär war wieder marschbereit. Das Rathaus wurde von einem Zug Infanterie bewacht, der jedoch nicht in Aktion trat. Die Demonstration hinterließ einen mächtigen Eindruck.

### Ein Leutnant und 10 Mann.

Es wird immer schöner in Berlin! In der vorerzählten Sitzung der Stadtverordneten, wo der Wahlrechtsantrag verhandelt wurde, begann der Stadtverordnete **Borgmann (S.D.)** seine Ausführungen mit dem Hinweis auf eine befremdliche Tatsache, die ihm soeben mitgeteilt worden sei. Danach haben frei nach Oldenburg-Januschau ein Polizeileutnant und zehn Mann im Rathaus Platz genommen. (Hört, hört!) Er frage den Magistrat: Ist dieser Zuwachs zum Schutz des Rathauses auf Anordnung des Magistrats erfolgt, ist diese Schutzwache im Hause der Bürger Berlins auf seine Initiative eingeleitet worden? (Hört, hört!) Wenn der Gegenstand der Verhandlung dazu den Anlaß gegeben haben sollte, so sei auf der Tribüne noch soviel Platz, daß der Leutnant mit seiner Mannschafft dort noch Platz nehmen könnte, damit sie wenigstens etwas von der Erörterung profitieren. (Große Heiterkeit.)

Der Oberbürgermeister **Rirschner** erwiderte darauf: Die vorliegenden Anträge sind eine Angelegenheit der Versammlung; der Magistrat wird sich an der Diskussion nicht beteiligen. Mit Bezug auf die Anfrage des Stadtverordneten **Borgmann** will ich folgendes erklären: Wenn ich Herrn **Borgmann** recht verstanden habe, wünsche er vom Magistrat eine Antwort, ob der Magistrat ein Schutzmanskommando für diese Sitzung requiriert hat. Davon kann ganz und gar keine Rede sein. Die Ordnung in diesem Saale liegt dem Vorsteher ob, für ein Schutzmanskommando ist hier kein Platz! (Bravo!) Ich bin heute früh von dem Vorsteher des Reviers, zu dem das Rathaus gehört, angefragt worden, ob dieser Gegenstand heute hier erörtert werde. Die Polizei glaube damit rechnen zu müssen, daß der Gegenstand eine größere Menschenmenge heranziehen werde. (Heiterkeit.) Ich habe geantwortet, daß ich dies durchaus nicht glaube. Als ich auf dem Wege in diesen Saal war, habe ich gehört, daß ein Schutzmanskommando in einem Korridor Aufstellung genommen hat. Ich habe Veranlassung genommen, das Kommando aufzufordern, das Rathaus zu verlassen, da kein Anlaß für ein Bewachen vorliegt. Diejenige Erwähnung ist entpöngt worden. Das ist der einfache Sachverhalt. (Beifall.)

Stadt. Cassel: Die Beratungen in diesem Saale haben in keiner Weise etwas für die Ruhe und die öffentliche Ordnung Bedrohendes und eine freundliche

Fürsorge durch die Polizei ist absolut unnötig. (Sehr richtig!)

Die Nervosität der Berliner Polizei, die sich immer mehr zu einem Fürsorgeinstitut für eine mündige Bevölkerung auszuwachsen zu wollen scheint, nimmt nachgerade groteske Formen an. Ist denn keine vorgesehene Behörde da, die solche blamablen Vorkommnisse zu verhindern weiß? Wo ist das Ministerium des Innern?

### Eisenbahnverwaltung und Überlandzentrale.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde das Extraordinarium der Eisenbahnerhaltung verhandelt. Hierbei kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an elektrischen Überlandzentralen. Von einem Konservativen wurde hervorgehoben, daß in der Provinz Pommern drei Überlandzentralen im Entstehen seien, die sich nach West- und Ostpreußen ausdehnen sollen. Die Eisenbahnverwaltung wurde ersucht, die Bahnhöfe für den Bedarf an Licht und Kraft an diese Zentrale anzuschließen. Von freikonservativer Seite erhob man Bedenken, an kleine Zentrale anzuschließen. In 10 bis 12 Jahren wären alle kleinen Zentrale kaputt, weil die großen Überlandzentralen in einem Radius von etwa 300 Km. Kraft und Licht so billig abgeben können, daß die Existenz der kleinen Unternehmungen für längere Dauer ausgeschlossen ist. Notwendig sei ein Wegegesetz, um den Schwierigkeiten, die der Ausbreitung der Überlandzentralen entgegenstehen, abzuwehren. Der Minister erwiderte, daß ein solches Wegegesetz in Vorbereitung sei. Die Staatsbahnenverwaltung habe früher auf dem Standpunkt gestanden, eigene Anlagen zu bauen, sei aber jetzt davon abgekommen und nehme Kraft und Licht von städtischen und anderen kommunalen Werken. Im übrigen kamen Bahnhofsbauten und Erweiterungen zur Verhandlung.

### Wie der Reichsverband Mitglieder wirbt.

Die Ortsgruppe **Kassel** des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat in einem Jahresbericht mit Stolz verkündet, daß sie binnen Jahresfrist nicht weniger als tausend körperschaftlich angeschlossene Mitglieder gewonnen habe. Welcher Art diese Mitglieder sind, geht dann aus der weiteren Feststellung hervor, daß sich die tausend Mitglieder verteilen auf:

die Eisenbahn . . . . . mit 623,  
die Post . . . . . „ 318,  
und das städtische Reinigungswesen . . . 59.

Man kann sich denken, welchem sanften Drucke diese uniformierten Proletarier gefolgt sind, als sie begeistert und — selbstverständlich freiwillige Mitglieder des Reichsverbandes geworden sind.

### Ein unbefangener Zeuge.

Vor einigen Tagen führte die „Krenzzeitung“ bittere Klagen darüber, daß die Presse der Linken und besonders der Sozialdemokratie den Titel **Sunker** als Schelte benütze. Diese schreiende Ungerechtigkeit schlage der Wahrheit ins Gesicht, die den den Thron umstehenden Sternenhör der Sunker als Stolz des Vaterlands anerkennen müsse. Sehr zeitgemäß erinnert nun die „Abwehrkorrespondenz“ an eine Schilderung, die **Gustav Freitag** von den Sunkern der napoleonischen Zeit gab:

Sie waren Lumpen, bei aller Raufucht ohne festen Mut, sie wurden allgemein für eine Landplage gehalten und mit Schmeißfliegen verglichen, aber sie waren bei alledem hochmütige, durchaus aristokratisch gesinnte Wesen.

Es war die Zeit, wo nach dem Urteil **Freitag's** „die adelige Mutter ihre Tochter selbst mit Freuden in die Arme eines liebedürftigen Fürsten führte, und wo der Hofmann die Gattin dem Fürsten gegen Bezahlung überließ“.

### Verbotener Straßenumzug in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Parteileitung hatte beim Polizei-Präsidium die Erlaubnis zur Veranstaltung eines Wahlrechtsumzuges für nächsten Sonntagmorgen vom Hohenzollernplatz über Kaiserstraße bis Allerheiligen-Tor nachgeholt. Sie hatte sich erbeten, durch 500 Ordner Sorge dafür zu tragen, daß nicht die geringste Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus der Kundgebung entstehe. Das Polizei-Präsidium, gezeichnet **Schäferberg**, hat jedoch Freitag vormittag unserer Parteileitung mitgeteilt, daß es die Genehmigung zu dem Aufzuge verjage. Zur Begründung heißt es:

„Die mit dem Zuge verbundenen Massenansammlungen lassen bei den bekannten Demonstrationen zweifeln, ob dieselben nach den bisherigen Vorkommnissen und schweren Ausschreitungen seitens der Demonstrationsteilnehmer Gefahren für die Allgemeinheit befürchten. Sodas schon im Interesse der Sicherheit des an der Veranstaltung nicht beteiligten Straßenvolks das Verbot des Zuges erforderlich ist.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt dazu: „Im Interesse der Sicherheit des nicht beteiligten Publikums! Im Interesse dieser Leute müßten in Frankfurt unter dem jetzigen Regiment ganz andere Leute Zügel angelegt bekommen.“

Viel schlimmer, als es nach dem ersten Bericht den Ansehen hatte, verlief der Straßenkrawall in der Großen Friedbergerstraße. 25 Postbeamte, die Nachdienst hatten, wurden von Schutzeuten überfallen und mit Säbelhieben traktiert.

Freitag morgen war die „Volksstimme“ beständig umlagert von Leuten, die unsere Ausstellung besichtigen wollten. Im Expeditionslokal waren nämlich durchgehauene Hüte, die blutige Unterhose eines Schwerverletzten und dergleichen ausgestellt. Die Staatsanwaltschaft beauftragte jedoch den Kriminalkommissar **Dr. Neuberger**, diese Gegenstände abzuholen. Gleichzeitig teilte uns die Staatsanwaltschaft noch mit, daß sie keinerlei Ausstellungen mehr in unserem Expeditionslokale zulassen werde.

Vor dem Lokal der „Volksstimme“ steht jetzt ein Schutzmans-Doppelposten, der die Passanten — wie gewöhnlich — provoziert.

### Die kleinen Schiffseigner und die Schiffsabgaben.

Am Dienstag waren die kleinen Schiffseigner in Berlin zusammen, um ebenfalls gegen die Schiffsabgaben zu protestieren. Sie nahmen eine Resolution an,

in der in schärfster Weise Protest erhoben wird gegen die von der preussischen Regierung vorgeschlagenen und vom Bundesrat angenommenen Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen. Die kleinen Schiffseigner, die sich ohnehin schon durch die hohen Abgaben der Kanal- und Schleusenfälle und das ungerechte Verschlepperecht in den kanalisierten Wasserstraßen in ihrer Existenz bedroht sehen, erblicken in dem jetzigen Vorgehen der preussischen Regierung, die alten, in den sechziger Jahren als zu verkehrsförderlich abgeschafften Stromzölle wieder neu einzuführen und auf ihr Gewerbe zu legen, den vollständigen Zusammenbruch ihres ganzen Standes. Sie verkennen nicht, daß die Wasserstraßen zwecks Erhaltung und Verbesserung Opfer an Geld und Arbeit fordern, sie sind sich aber auch bewußt, daß nicht nur die Schifffahrt, sondern die gesamte Nation der Wasserstraßen bedarf, und daß daher diese verpflichtet ist, durch eine Gesamtsteuer mit beizutragen, die Kulturarbeiten zu fördern. Es wird als eine ungeheure Ungerechtigkeit bezeichnet, die kleinen Schiffseigner, die zum größten Teil die Kanäle passieren, und die bis jetzt die gesamten Kosten zur Erhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen tragen mußten, wiederum mit neuen Steuern zu belegen. Reichs- und Landtagsabgeordnete werden aufgefordert, das Gesetz zur Einführung von Schiffsabgaben strikte abzulehnen und die Erhaltung und Verbesserung des Wasserstraßennetzes durch Einführung direkter Reichssteuern zu ermöglichen, zumal auch die Schiffer zu allen Staats-, Kreis- und Gemeindeforderungen angezogen werden.

### Altes Eisen!

Bekanntlich erwarb das Reich im Herbst 1907 die auf dem Bodensee verankerte schwimmende Ballonhalle des Grafen **Zeppelin**, die in der Folge dann als „Reichsballonhalle“ bezeichnet wurde. Graf **Zeppelin** erhielt die Halle vom Reich mit 600 000 Mk. bezahlt. Jetzt hat die Erbauerin derselben, die Firma **Albert Buz** in Wylten, die Halle zurückgekauft, angeblich „auf Abbruch“. Die Halle wurde nach Ludwigschafen geschleppt und dort demontiert. Wer sich wundert, daß sie in den wenigen Jahren schon unbrauchbar geworden sein sollte, dem sei gesagt, daß dies keineswegs der Fall ist. Die Firma **Buz** will die Halle nämlich in Frankfurt a. M. oder Baden-Baden wieder aufbauen!

Ist es schon merkwürdig, daß das Reich, das immerwährend neue Ballonhallen aufrichtet, für eine noch brauchbare Halle keine Verwendung mehr haben sollte, so wird die Sache noch interessanter (namentlich für den Steuerzahler), wenn man hört, was die Firma **Buz** beim Zurückkauf für die Ballonhalle zahlte. Während sie dem Reich nämlich 600 000 Mark kostete, erhielt die Baufirma dieselbe für 60 000 Mark zurück! Über eine halbe Million Mark hat das Reich bei diesem Geschäft in das Wasser der Bodensees geworfen! Der aus dem Riesen Wertprozeß bekannte Herr **Frankenthal** wird vor Neid bersten, wenn er von dem Geschäft hört, das ihm da aus der Taie gegangen ist. Neben den beiden älteren kostspieligen „Militarismus“ kann sich aufschneidend das jüngste reichsdeutsche Produkt, der „Merismus“, schon recht hübsch sehen lassen! Ob aber die deutschen Steuerzahler so ohne weiteres damit einverstanden sind, ihr Geld auf diese Weise fliegen zu sehen, erscheint uns doch recht fraglich!

### Griechenland.

Meuterei der griechischen Flotte. In Konstantinopel sind aus Athen Telegramme eingetroffen, die melden, daß die griechische Flotte nachts meuternd den Piräus verlassen habe. **Cypallos** befindet sich an Bord eines Kriegsschiffes.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 19. Februar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma **Fr. Faber**, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma **Lorkuhl** in Rükkuß (Zustimmungsmeister **Möbel** und **Behrens**) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

**j. Buchdrucker-Verein in Lübeck.** (Mitgliedschaft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.) Dem Jahresbericht des Vorstandes für 1909 entnehmen wir folgendes: Auf Grund der Beschlüsse des Kreis- und Tarifamtes (Institutionen der Tarifgemeinschaft) trat mit 1. Januar der auf 15 Proz. (bisher 12½ Proz.) erhöhte Lokalaufschlag für unseren Ort in Kraft. Nach den jetzt gegebenen Berichten der Druckereipersonale erhielten sämtliche bis zu 3 Mk. über dem Tarifminimum entlohten Gehilfen eine dem Beschluße entsprechende Lohnerhöhung. Auch die höher entlohten, von obigen Beschlüssen nicht betroffenen Gehilfen erhielten mit Ausnahmen Lohnaufbesserungen nach den Vorschlägen des Deutschen Buchdrucker-Prinzipal-Vereins. — Am 1. August hatte unser Verein das sechste Jahrestag seines Bestehens vollendet. Die Mitgliedschaft nahm dieses Ereignis zum Anlaß einer größeren Feste. Das alljährlich im engen Kreise der Mitglieder begangene Stiftungsfest wurde deshalb im Verein mit dem bei den Buchdruckern traditionellen Johannisfest am 3. und 4. Juli im jetzigen Gewerkschaftshaus in einer dem Anlasse würdigen Weise begangen. — Bemerkenswert ist noch die weitere Aufstellung und Inbetriebnahme mehrerer Sechsmaschinen verschiedener Systeme in hiesigen Druckereien. Da die Firmeninhaber wohl hauptsächlich durch den Eingang größerer dauernder Aufträge zur Stabilisierung dieser Schließungsapparate gewissermaßen gezwungen wurden, so ist über einen Mitgliedererückgang unseres Vereins erfreulicherweise auch nicht zu berichten. — Mitgliedertand Ende des 4. Quartals 1903: 196, neu aufgenommen 6, zugereist 79, vom Militär zurück 1, abgereist 75, gestorben 1, zum Militär 5, Bestand Ende des 4. Quartals 1909: 201 Mitglieder.

Nochmals Herr **Wachenfeld**. Wir haben am Mittwoch im Anschluß an eine Zuschrift des Herrn **Wachenfeld** die Behauptung, daß die sozialdemokratische Arbeiterchaft sieben Prozent ihres Verdienstes für Partei- und Gewerkschaftszwecke ausgeben müsse, als unwahr zurückgewiesen. Herr **Wachenfeld** stütze sich dabei auf angebliche Ausstellungen des **Bornhörs**, in denen gar gesagt sein sollte, daß sie den Prozent des Verdienstes nur für Partei- und Gewerkschaftszwecke ausgeben würden. Daran knüpfen wir die Bemerkung, daß man wohl vergeblich auf Angabe der Nummer des **Born-**



Wärts" wärten könne, in der dieser Unstimm zu finden ist. Wie richtig diese unsere Annahme war, zeigt folgendes uns heute zugegangene Schreiben:

In der von Ihnen am 16. d. M. gebrachten Be- richtigung bezweifeln Sie meine Angaben bezüglich des „Vorwärts“. Die betreffende Nummer steht allerdings nicht mehr zu meiner Verfügung, da ich von Zeit zu Zeit die alten, nicht besonders wichtigen Zeitungen vernichte. Das geschah auch vor einiger Zeit mit diesem „Vorwärts“, den ich wiederholt gelesen habe. Soweit ich mich erinnern kann, waren die Angaben des „Vorwärts“ im Mai 1908 veröffentlicht. Wegen der hohen Zeitungskosten wurde damals Ihre Partei von den hiesigen Zeitungen angegriffen und der „Vorwärts“ antwortete, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gebühre für eine solche „Opferwilligkeit“ nur Anerkennung. Sie befinden sich im Irrtum, wenn Sie glauben, daß ich mich mit Absicht einer Unwahrheit bedienen würde.

Hochachtungsvoll  
Hugo Wachendorf.

Es ist wirklich schade, daß Herr Wachendorf die betr. Nummer des „Vorwärts“, mit deren angeblichem Inhalt er doch immer noch freiben geht, vernichtet hat. In der Be- wusstseinsschwärze sind jedoch die Jahrgänge des „Vorwärts“ einzusehen, worauf wir, gutmütig wie wir nun ein- mal sind, unsern Wegweiser hinweisen wollen. Sicherlich wird er die Gelegenheit gern benutzen, um auf diese Art für seine Behauptungen den unmöglichen Be- weis zu erbringen. Oder vielleicht nicht? Wenn zum Schluß von Wachendorf vermerkt wird, daß er sich mit Absicht nie- mals einer Unwahrheit bedienen würde, so klingt das ja recht vornehm und schön; wir erinnern uns aber, daß im No- vember vorigen Jahres über die Sozialdemokratie folgendes geschrieben wurde:

„Sie (die Sozialdemokratie) ist nicht, wie sie sich so gern nennt, die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Glücks, der Versöhnung und Verbrüderung der Völker, sondern sie ist die Partei der Verwil- derung, Knechtschaft, Rohheit, Feindschaft und Gemeinheit. Der schlimmste Reaktionsär ist immer noch ein freihändlerischer Mann gegen diese Kob- linge, die sich mit den Groschen des arbeitenden Volkes über Wasser halten.“

Der Mann, der diese Sammlung von Unwahr- heiten und Beschimpfungen zu Papier brachte, heißt Wachendorf. Und von den „Koblingen“, die sich mit den Groschen des arbeitenden Volkes über Wasser hal- ten,“ verlangt dieser Herr am Ende noch, daß sie seinen Worten Glauben schenken sollen! Das ist doch — milde ge- sagt — sehr naiv.

**Wägenverperr.** Die Hafendrehbrücke ist am Sonntag, dem 20. Februar d. J. für den Wagenverkehr gesperrt. Der Fußgängerverkehr wird durch Dampfer aus- recht erhalten werden.

**Güterrechtsregister.** Am 17. Februar 1910 ist bezüglich der Ehe des Kaufmanns G. Oberdörffer und G. M. A. geb. Meiß in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 8. Fe- bruar 1910 ist die Verwaltung und Nutzung des Man- nes am Frauengut ausgeschloffen und Gütertrennung ver- einbart.

**Das Gelbfärben von Wurst** brachte den Inhaber einer hiesigen Fleischwarenfabrik vor die Schranken des hiesigen Schöffengerichts, und zwar sollte er sich damit gegen das Fleischbeschaugesetz sowie gegen eine Bekanntmachung des Reichsanzeigers betreffend das Wurstfärben vergangen haben. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben und be- hauptete, daß es in Lübeck allgemein üblich sei, die Wurst zu färben. Eine polizeiliche Umfrage bei 16 Schlachtereien ergab, daß früher das Färben besonders der Mettwurst üblich war, daß aber jetzt gefärbte Wurst fast nur zu Schau- zwecken diene. Ein hiesiger Sachverständiger bezeichnete den verwendeten Farbstoff als nicht gesundheitsschädlich. Die Lübecker Gewerbeamt hat das Färben der Wurst für herkömmlich und den Wünschen des Publikums nach gut aussehender Ware entsprechend. Der Vorsteher des Hamburger Untersuchungsamtes für Nahrungsmittel ist der An- sicht, daß das Färben der Wurst nur auf die Täuschung des Publikums abzielt und deshalb verboten sei. Der Prozeß endete mit dem Freispruch des Angeklagten, dessen Vertei- diger es sogar für wünschenswert hielt, wenn im Schlachter- gewerbe das Wurstfärben gänzlich unterbleibe.

**Der Alkoholanfall als Strafausschließungsgrund.** Das hiesige Landgericht hat am 15. Oktober v. J. den Kupferhüttenmeister Gobobes in Gütin von der Anklage der schweren Körperverletzung freigesprochen, weil er die Tat in einem Zustande von Bewußtlosigkeit ausge- führt hat. Er war am 21. Dezember 1908 in Malente ge- wesen und hatte dort erst Rotwein, dann Grog und Bier getrunken. Nachdem er nach seinem Wohnort Gütin zurück- gefahren war, trank er bei dem Wirte R. noch 10 Glas Bier. Gegen 10 Uhr abends war er völlig betrunken und wollte erst vom Wirte, dann vom Viehhändler R. 1000 Mk. resp. 5000 Mk. leihen. R. lehnte es ab, mit ihm zu verhandeln. Als R. sich dann nach dem Wirtsetz begeben wollte, warf ihm der Angeklagte sein Bierglas an den Kopf. Dadurch wurde das rechte Auge R. berast verlegt, daß es die Sehkraft verlor. Drei Sachverständige haben sich dahin ausgesprochen, daß der Angeklagte in einem Zustande krankhafter Geistes- störung gehandelt hat. Auch Fahrlässigkeit konnte nicht darin gefunden werden, daß der Angeklagte sich in einem solchen Zustand verlegt hat, denn er war schon betrunken, als er die hiesige Wirtschaft betrat. Die Revision des als Nebenkläger zugelassenen Viehhändlers R. wurde vom Reichs- gericht verworfen, da das Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen läßt.

**Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter- bundes** hatte zu Freitagabend im Gewerkschaftshaus einen Redner, Herr Richard Heise aus Walsenhausen (Schweiz) verpflichtet, der über „Geheimnissvolle Mächte“ referierte. Aber Spiritismus und seine unbegreiflich große Verbreitung ist in den letzten Jahren viel gesprochen und geschrieben worden. Im 20. Jahrhundert sollte man es aber nicht mehr für möglich halten, daß noch so viele Men- schen diesen Schwundel für Ernst nehmen. Allerdings, wenn — nach des Redners Ausführungen — am russischen Hofe die Geistesritterung so im Schwange ist, daß bei eigentlichen Fra- gen der Zar seine guten Manen um Auskunft bittet, kann es wohl dem Gebildeten erklärlich scheinen, wenn unter den gewöhnlichen Erdenwohnern der mittelalterliche Geistes- und Wunderglauben noch Anhänger findet. Bedauerlich bleibt die Tatsache immerhin, daß sich noch Menschen von diesen falschen Einfangen lassen. Die Wissenschaft hat längst die Vorhänge von den spiritistischen Kindereien weg- gerissen und den Geistesglauben auf den Mangel an Geist eingebildeter Schwärmer zurückgeführt. An Lichtbildern zeigte der Vortragende, wie sich durch Hypnose und Suggestion (Einschlüferung und Ein- flüsterung fremder Gedanken- und Willensmeinungen) Heil- resultate erzielen lassen, führte auch die biblischen Wunder- heilungen auf solche Kunstversuche zurück, aber deshalb sei hinter solchen natürlich erklärlichen Vorgängen noch lange kein Geistesputz zu suchen. Das Ober- und Unterbewußtsein, die wissenschaftliche Erklärung der Zweifelslehre, spreche beim Kranken und Krankfühlen mit, und nicht zuletzt ist der

**Glaube an die Wirkkraft der Heilmittel von Wichtigkeit.** Der Grundgedanke des ausführlichen Vortrages war, den Hokus- pokus falscher Propheten bloßzulegen und die blöden Mäh- chen und Kinkerlitschen, mit denen Spiritisten, Medien und Geister arbeiten, im vollen Lichte zu zeigen. Eine Reihe praktischer Vorführungen aus dem Reiche des Spiritismus und der Gedankenübertragung bekräftigten die gesprochenen Worte, die von den überaus zahlreichen Zuhörern mit Beifall aufgenommen wurden.

**Grüne Heringe.** Die Fischer haben Donnerstag in der Döse die ersten Heringsfänge gemacht und die Ware gestern früh an den Markt gebracht. Der Fang war nur klein, die Heringe aber durchweg groß, die zu guten Preisen schnellen Absatz fanden. In früheren Jahren haben bei der gleichen milden Witterung die Heringsfänge schon viel früher be- gonnen.

**Neue Stufenbahn.** Man schreibt uns: Gestern nacht traf Haafes Stufenbahn mit Sonderzug direkt von Kiel hier ein. In langen aus 20 meist vier- und sechspännigen Wa- gen wurde der Wagenpark nach dem Burgfeld transportiert. Von der Größe des Unternehmens mögen folgende Angaben zeugen. Der Innenraum und die Hauptfront werden von über 4000 Glühlampen und 44 Vogenlampen beleuchtet. Zur Beleuchtung und zum Betriebe sind Lokomotive von 200 Pferdestärken nötig. Die Stufenbahn wird angetrieben durch drei Elektromotore jeder zu 6 Pferdestärken. Die Stufenbahn wird auch hier wie überall eine ganz besondere An- ziehungskraft ausüben.

**Kaiser-Panorama.** Wieder bringt das Kaiser-Panorama eine reizende Bilderserie. Vor unseren Augen liegt der viel- bergige Rhein. Von Köln bis Mainz begrüßen uns die herrlichsten Landschaften bald im Abenddämmerlicht, bald in der Frührothelle; Büngen mit seinem Nebengelände und über den Rhein hinweg einen Blick zum Niederrhein; da mündet die Stadt Caub, mit der Burg Gutenfels, der Lorelei und das Schloß Stolzenfels, St. Goar, St. Goarshausen mit den Ruinen Raab und Maus liegen vor uns. Rechts im Felde, mit einer Fahnenstange gekrönter kahler Felsen: die langersehnte Lorelei. Immer neue, herr- lichere Bilder ziehen an unserem Auge vorüber, kurz für wenig Geld eine Reihe wunderschöner Bilder.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Sonntag nachmittags 3 Uhr, gelangt als 4. Volkstheateraufführung Endemanns wirkungsvolles Schauspiel „Die Ehre“ zur Aufführung. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Biletts findet heute, Sonnabend, von 8—9 Uhr abends, an der Theaterkasse statt. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, gehen die beiden Opern „Cavalleria rusticana“ von Mascagni und „Der Bajazzo“ von Leoncavallo in Szene. Am Montag ist Verdis Oper „Der Troubadour“ angelegt. Für Dienstag befindet sich die Schauspiel-Novität „Strand- kinder“ von Hermann Endemann in Vorbereitung.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Son- tag geht das erfolgreiche Lustspiel „Die Liebe wacht“ von Gaillet und de Fiers in Szene.

**Schwarzau.** Die Ortskrankenkasse hält am Sonntag, dem 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Transvaal eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: Endgültige Errichtung einer Familienkrankenkasse. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

**Storkelobori.** Ein Demonstrationen-, Experi- mental- und Lichtbildervortrag des schweizer- rischen medizinischen Schriftstellers Richard Heise findet heute (Sonnabend) abends im Gesellschaftshaus L. Baetau statt. Eintrittspreis 20 Pfg. Da der Vortrag sehr belehrend ist, wird hoffentlich ein zahlreicher Besuch erfolgen.

**Hamburg.** Die Grundeigentümerwahl zur Bürgererschaft ergab als Resultat, wie vorauszu- sehen war, einen beträchtlichen Zuwachs der alten Fraktionen. Sie hatten damit auch nicht eine Stimme ihnen verloren, ihre Listen verbündeten, so daß sie 18 Mandate erhalten haben. Die vereinigten Liberalen erhalten die anderen 2 Mandate. Die sozialdemokratische Partei fällt aus. Sie hat es auf eine Stimmzahl von 2276 gebracht, nahe an die Grenze der zu einem Mandat nötigen Zahl; aber keinen ihrer Kandidaten konnte sie durchbringen. So werden also die alten Fraktionen den Vorteil genießen, die Ersatzreserve in die Bürgererschaft zu bringen. Da selbst- verständlich die Sozialdemokratie darauf verzichtet hat, mit Verhinderungen die Hausagrarier zu umwerben, so bedeuten die für sie abgegebenen über 3000 Stimmen sehr viel! Diese Stimmen zeigen, wie weit die Lehre von der Solidarität schon gedrungen ist. Das Wahlergebnis ist für die einzelnen Fraktionen folgendes: Es erhielten Stimmen: Rechte 15381, 4 Mandate, Zentrum 19827, 5 Mandate, Linke 33148, 9 Mandate, Vereinigte Liberalen 10733, 2 Mandate, Sozialdemokratie 3276 kein Mandate.

**Hamburg.** Das Gewerkschaftshaus im Jahre 1909. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1909 lautet wes- entlich günstiger als die früheren. Der Restaurationsbetrieb hat sich gut entwickelt; namentlich im dritten und vierten Quartal stiegen Umsatz und Gewinn ganz bedeutend. Im dritten Quartal betrug der Umsatz 92810 Mk. gegen 76460 Mk. im Vorjahre. Besonders Juni, August und Oktober brachten große Mehrumläge. Die Gesamteinnahme stieg von 380711,21 Mk. auf 401664,48 Mk. Der Bierverbrauch ging infolge der Preissteigerung von 462889 Liter auf 404650 Liter zu- rück, in der Herberge stieg er dagegen von 88400 Liter auf 90338 Liter. Dafür ist im Restaurant der Verbrauch von alkoholfreien Getränken von 75040 Flaschen auf 127125 Flaschen gestiegen, in der Herberge von 9555 Flaschen auf 8940 gestiegen. Der Weinkonsum ist von 6289,20 Mk. auf 3225,67 Mk., der von Spirituosen von 8020,45 Mk. auf 5281,94 Mk., d. h. von 3,2 auf 2,2 Proz. des Gesamtumsatzes zu- rückgegangen. In der Herberge stieg dagegen der Umsatz an Spirituosen von 1243,45 Mk. auf 1454,81 Mk. Im übrigen wurden verbracht im Restaurant: Kolonialwaren und Deli- katesen 30619,63 Mk., Fleisch, Wurst- und Fischwaren 93818,78 Mk., Backwaren 10500,64 Mk., Gemüse und Kar- toffeln 4932,03 Mk., Milch 3693,24 Mk., Zigarren 101200 Stück; in der Herberge: Kolonialwaren usw. 15335,55 Mk., Fleischwaren usw. 41642,50 Mk., Backwaren 10432,52 Mk., Gemüse usw. 2480,67 Mk., Milch 1034,10 Mk., Zigarren 51600 Stück. Der im Restaurant erzielte Gewinn beträgt 65241,03 gegen 32212,09 Mk. im Vorjahre und genügt ge- rade zur Deckung der veranschlagten Miete und Verzinsung, sowie zu den notwendigen Abschreibungen auf Inventar und Geschirr, die in Höhe von 10 bzw. 25 Prozent vorge- nommen sind. Das Resultat ist um so beachtlicher, als in- zwischen die Belastung des Betriebes durch die neuen Reichs- steuern eingetreten ist, die für den Liter reinen Alkohol 35 Pfg., für gebrannten Kaffee circa 25 Pfg., pro kg. für Glühstrümpfe 10 Pfg., pro Stück, für Kohlen- fliste 60 Pfg., pro kg., für solche mit Metallfäden 1 Mk. pro kg., für Glühlampen 20 bis 25 Pfg., pro Stück, für Zündhölzer 3 Pfg., pro Hülle betragen. Außerdem haben für vorhandene Waren 932,20 Mk. nachversteuert wer- den müssen. Die Einkosten im Restaurant betragen: Ver- sicherungsbeträge 3245,96 Mk., Löhne 58857,36 Mk., Miete 2440,94 Mk., Gaslicht 6395,14 Mk., elektrisches Licht 6586,60 Mk., elektrische Kraft 812,98 Mk., Heizmaterial 2217 Mk., Druckachen, Zeitungen, usw. 2285,20 Mk., Reparaturen

6548,01 Mk., sonstige Unkosten 7533,58 Mk., insgesamt also 98968,82 Mk. gegen 95510,61 Mk. im Vorjahre. Weniger günstig schnitt die Herberge ab; da der erzielte Gewinn nur 19029,90 Mk. gegen 20288,53 Mk. im Vorjahre beträft, für veranschlagte Miete und Abschreibungen aber 21126,45 Mk. erforderlich sind, so ergibt sich ein Defizit von circa 2100 Mk. Das ist einmal auf die Steigerung der Lebens- mittelpreise, dann auf die Aussperrung, die ein Weniger von 1468 Schlafstätten verursachte und infolge des viel schnelleren Wechsels der Zugerestien die Kosten für Wäsche um 700 Mk. erhöhte, zurückzuführen. Die Einnahmen der Herberge be- liefen sich auf 138399,92 Mk. gegen 132952,56 Mk. im Vor- jahre; die Unkosten betragen: Versicherungsbeträge 784,85 Mk., Löhne 19001,94 Mk., Miete 2061,18 Mk., Gas 1030,98 Mk., elek- trisches Licht 894,73 Mk., Kraft 116,58 Mk., Heizmaterial 887,20 Mk., Druckachen usw. 613,33 Mk., Reparaturen 1556,15 Mk., sonstige Unkosten 566,47 Mk., insgesamt also 20323,77 Mk. gegen 20580,84 Mk. im Vorjahre. Über das Logierwesen ist zu berichten, daß 2942 Betten zu 70 Pfg., 9325 zu 60 Pfg., 28285 zu 50 Pfg. benutzt wurden; zusam- men wurden also 40552 Schlafstätten ausgegeben, pro Tag 111. Wäber zu 10 Pfg. wurden 17203, pro Tag 47, verab- folgt, Gepäckmarken zu 5 Pfg. 6365, pro Tag 17, ausgegeben. Es konnten nicht übernachtet 965 Personen. Die Einnahme aus dem Logierwesen betrug 23845,45 Mk. gegen 24512,25 Mk. im Vorjahre. Der Desinfektionsapparat wurde 191. mal in Benutzung genommen. Zugereist kamen 16897 Fremde, am meisten im September, 1793, am wenigsten im Januar, 946. Im Personal war beschäftigt im Restaurant: 4 Kuchentier, 1 Butterbrotschneider, 11 Hausdiener, 3 Koch- mannskellen, 2 Kochlehrlinge, 9 Küchenmädchen, 9 feste Kellerer, außerdem durchschnittlich in der Woche 12 Aushilfskellner; sonstiges Personal 8; in der Herberge: 1 Expedient, 3 Kuchentier, 5 Hausdiener, 1 Badewärter, 1 Kochmanns- kellen, 1 Küchenmädchen, 1 Wäscher. Für die Heizung ist 1 Heizer das ganze Jahr, 1 Heizer in der Zeit vom Oktober beschäf- tigt, bei der Reinigung des Hauses, des Restaurants und der Herberge sind insgesamt 17 Scheuerfrauen beschäftigt. Die von den Gewerkschaften für drei Quartale eingezahlten Beiträge von 20 Pfg. pro Kopf und Jahr konnten dem Reservefonds zugeschrieben werden. Die einzelnen Konten schließen wie folgt ab: Restaurantkonto 401664,48 Mk., Herbergekonto 138399,92 Mk., Gewinn- und Verlustrechnung in Debet und Kredit mit 113182,39 Mk. — der Reingewinn be- läuft sich auf 1157,55 Mk., die Bilanz in Aktiven und Passiven mit 1968597,80 Mk.

**Neumünster.** Polizeiliche Vorbereitungen zu dem Straßentampel. In Neumünster war für Frei- tag die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Straßenunruhen vom vorigen Sonntag im Stadtvorordnetenkollegium auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die dortige Polizei hat nun große Angst, daß es wohl zu Zusammenstößen käme und hat deshalb bekannt gemacht, daß die Schutzleute mit Armeerevolvern ausgerüstet worden sind. Die Einwohnerschaft wurde ge- warnt, sich an Straßendemonstrationen zu beteiligen mit dem Hinweis darauf, daß darin Anlaß, unter Umständen auch Aufruhr, erblickt werden könne.

**Neumünster.** Die Polizeibrutalität vor der Stadtvorordnetenversammlung. Freitag abend kam vor den städtischen Kollegien die Interpel- lation der drei sozialdemokratischen Stadtvorordneten über die Megelei der Polizei am Wahrschafsonntag zur Beratung. Die Interpellation begründete Stadtvorordneter Genosse Radloff. Er schilderte eingehend die aus der Presse bekann- ten Vorgänge am Sonntag, 13. Februar, und brachte die Empörung der Bevölkerung über die sinnlose Säbelmegelei auf mehrere stehende Menschen zum Ausdruck. Die einzig Verantwortlichen seien der Chef der Polizei, Stadtrat Nissen, und der Polizeikommissar Gühmann. Diese hätten durch ihr Verhalten ihre vollkommene Unfähigkeit bewiesen und müßten aus ihrem Amte entfernt werden. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten würden sich vorbehalten, bei der Beratung des Polizeireports entsprechende Anträge zu stellen. Radloff wurde von den beiden anderen Genossen unter- stützt. Die Antwort vom Magistratsrat hiel nach dem Muster der preussischen Bureaucratie aus. Straßendemonstrationen seien verboten und die Polizei tue nur ihre Pflicht, wenn sie die Demonstrationen unterdrücke. Dies war der Weisheit letzter Schluß in der Rede des Ober- bürgermeisters. Stadtrat Nissen aber brachte es fertig, die Führer der Sozialdemokraten als die Schuldigen des Blutbades zu bezeichnen. Dabei mußte Nissen als Polizeichef zugeben, daß er vom Balkon seiner Wohnung aus mit einem Fernrohr den Vorgängen zugehört habe, ohne sie zu verhindern, ebenso mußte er auch zugeben, daß die Beamten die Menschenmenge eingekesselt hätten. Das war nach seiner Ansicht die Pflicht der Polizei, um die Demonstration zu verhindern. Schließlich verschante sich der Herr noch hinter der Ausrufe, er sei nur dem Regierungspräsidenten unter- stellt, nicht aber der Kritik der Stadtvorordneten. Nur zwei Vertreter der in ihrer Mehrheit freisinnigen Stadtvorord- netenversammlung nahmen das Wort. Sie stimmten den Magistratsvertretern bei und erklärten, ein richtiges Urteil über die Frage, wer der Schuldige sei, könne erst dann gefällt werden, wenn die eingekesselten Prozesse erledigt seien.

**Glückhorn.** Tödlicher Schneeballwurf. Hier starb die neunjährige Tochter des Tischlermeisters Dorbandt. Sie war von einem Knaben mit einem Schneeball an den Kopf getroffen worden; eine dadurch entstandene Gehirnent- zündung machte nach circa vierzehntägiger Krankheit ihrem Leben ein Ende.

**Kiel.** Wegen Erpressung ist am 19. November v. J. vom hiesigen Gerichte der frühere Meiereibesitzer Jo- hann Altmussen zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Der Kämmer R. lieferte ihm Milch und verdünnte sie mit Wasser. Als der Angeklagte dies gemerkt wurde, ließ er durch den Gemeindevorsteher eine Probe entnehmen und drohte dem R. mit Strafanzeige, wenn er ihm nicht eine Entschädigung zahle. R. mußte 100 Mk. zahlen und einen Wechsel über 700 Mk. unterschreiben. Auf diesen Vermögensverlust hatte der Angeklagte keinen An- spruch. Seine Revision wurde heute vom Reichsgericht ver- worfen.

### Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 18. Februar.

1. Qualität	135—141 Mk.
2. „	128—132 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	—
Schleswische und holsteinische Bauernbutter	—
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	128—130 „
do. II. do.	125—126 „
Sibirische	—
Galizische und ähnliche	—

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



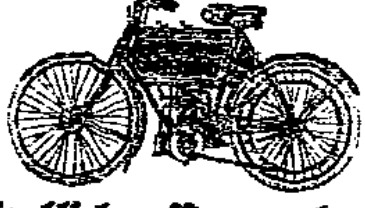
# Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

## Zur Konfirmation

in größter Auswahl  
Konfirmanden-Anzüge  
28<sup>00</sup> 23<sup>00</sup> 19<sup>00</sup> 15<sup>50</sup> 7<sup>50</sup>  
Unterzeugen. Wäsche  
:: Hüte u. Mützen ::

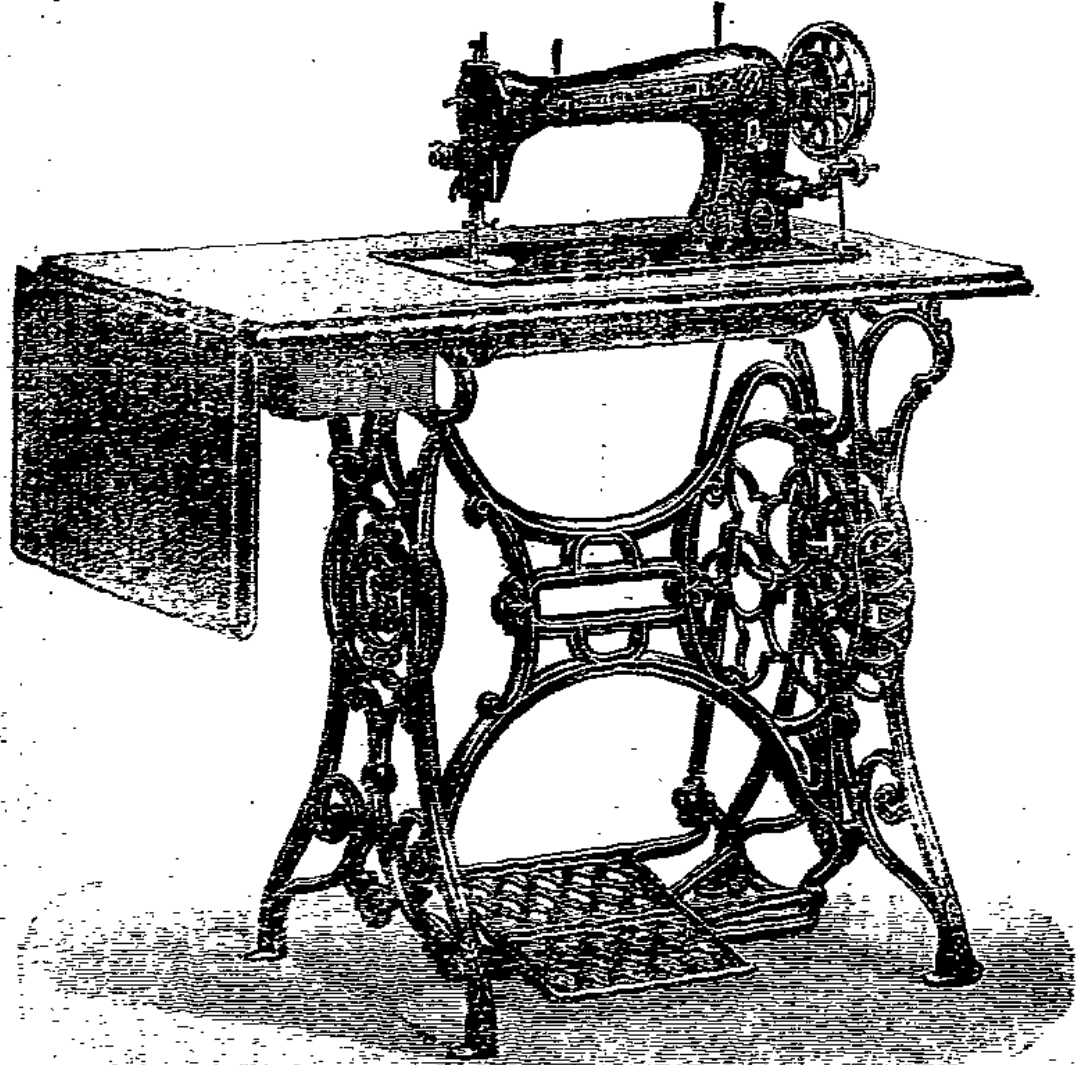
Eine Partie  
Buckskinosen  
zum Aussuchen  
Stück für 2.50 Mk.  
F. Jürgensen,  
Ecke Fackenburg u. Schwart. Allee.  
Rote Rabattmarken.



### Sämtliche Reparaturen

an Fahrrädern und Nähmaschinen  
aller Systeme werden in kürzester Zeit  
bei bill. Berechn. prompt ausgeführt.  
Sämtl. Ersatz- u. Zubehörteile  
stets am Lager.  
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15.  
Fernruf 1685.

## Deutsches Nähmaschinen-Haus



### Gustav Kath

Lübeck, Sandstraße 14. — Neumünster, Johannisstraße 11.  
Original-Fabrikate der  
Aktiengesellschaft vorm. Frister & Rossmann.

Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen.  
Zubehörteile. Reparaturwerkstatt.  
Bequeme Teilzahlung. Bei Barzahlung Rabatt.  
Unentgeltlicher Unterricht in moderner Kunststickerei.

## I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“

Hüxstrasse 117. **Fr. Barby** Hüxstrasse 117.

Behandlung ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.  
Überführungen von und nach auswärts.

— Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen. —



# Konfirmanden

### Konfirmanden-Anzüge

schwarz und blau Cheviot  
7<sup>50</sup> 10<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 20<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> Mk. etc.

### Konfirmanden-Anzüge

schwarz und blau Diagonal, Satin  
9<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 21<sup>00</sup> Mk. etc.

### Konfirmanden-Anzüge

schwarz Kammingarn, moderne lange Form  
14<sup>00</sup> 18<sup>50</sup> 21<sup>00</sup> 25<sup>00</sup> 29<sup>00</sup> Mk. etc.

### Konfirmanden-Anzüge

schwarz Drapé, Foulé, chiceste feinste Form  
28<sup>00</sup> 31<sup>00</sup> 34<sup>00</sup> 37<sup>50</sup> 40<sup>00</sup> Mk. etc.

Konfirmanden-Hüte ≡ Wäsche ≡ Krawatten ≡ Handschuhe etc.

## Lehrlings-Ausstattungen für jeden Beruf.

Lubeca-Marken oder 4 %.

# Spille & v. Lühmann

Größtes Spezial-Haus am Platze.

Lübeck, Sandstr. 17-19.

**Zigarren**  
en gros u. en detail  
reelle u. gute Ware  
empfiehlt  
**HEINR. HAGELSTEIN**  
Königstrasse 85

Ihre beliebten Fabrikate und  
Waren hält die Firma  
**H. L. Wiegels**  
normalt J. C. Bunge bestens  
empfohlen!  
Eiffelfabrik; gegründet 1825.  
Spezialität: Konserb.-Königsglück,  
Feringe-Großhandlung,  
Marinier-Anstalt.  
Spezialität: Delikatess-Rollmörs.

### Willy Koch

:: Zahntechniker ::  
Lübeck, Holstenstrasse 21.

### Goldene und silb. Uhren

gut und billig.  
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,  
Hädickestr. 35.

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Gold-  
arbeit. Hüxstr. 18

### Gelegenheitskauf!!

Eine Partie neue Herren- und  
Jünglings-Anzüge, Wert b. 42 Mk.,  
jetzt zum Ausuchen 16.50 Mk.  
Beckergrube 24, Laden.

Frisches Schwarzjauer, frisch.  
Weißjauer, frisch. Kopffleisch

### W. Lemcke,

Mauer 41a, Ecke Weberstraße.

Außerordentliche

## General-Versammlung

der  
Allgemein. Ortskrankenkasse

### Schwartau

am Sonntag, dem 27. Februar,  
nachmittags 4 Uhr,  
im Gasthof Traubenthal.

Tages-Ordnung:  
1. Endgültige Beschlussfassung über  
Errichtung einer Familien-Kran-  
kenkasse.  
2. Sonstiges.

Der Vorstand.

### Auf vielseitigen Wunsch.

Sonntag, den 20. Februar 1910  
präzise 7 Uhr abends

## Großes öffentliches Kobbeifesten.

Es laden freundlich ein  
Hans Braasch u. Robert Dose.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten  
**Verlobungsringe** an meine  
Arbeiter-Kundschaft verkaufe.  
G. Greutzfeldt, Goldschm. Sandstr. 4.

## Die moderne Schuhreparatur-Werkstatt des Schuhwarenhauses „Record“

Schwartauer Allee 4, am Bahnhof,

arbeitet sauber, schnell und billig.  
Herrensohlen und Absätze von 2.00 Mk., Damensohlen und Absätze  
von 1.80 Mk. an, Kindersohlen und Absätze billigst.  
Auf jede Reparatur kann gewartet werden.



## Fein eingefädelt

ist es, dass man trotz der teuren Butterpreise  
auf den Genuss dieses beliebten Nahrungs-  
mittels nicht zu verzichten braucht. Nehmen  
Sie die beliebte Delikatess-Margarine

# Solo

die Ihnen in jeder Beziehung vollkommenen  
Ersatz selbst für feinste Meiereibutter bietet.  
Man versuche auch die Delikatess-Margarine

## Rheinperle

den beliebten Butter-Ersatz  
der feinen Küchel

Allein. Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE  
JÜRGENS & PRINZEN, G. m. b. H., GOCH (Rhd.)

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend. (G. m. b. H.)

Die für unseren

# Neubau

in Schwartau  
erforderlichen Arbeiten sollen  
in einem Lose öffentlich ver-  
geben werden.

Die Zeichnungen und Be-  
dingungen sind in unserem  
Kontor, Fleischhauerstr. 50,  
einzusehen od. gegen Zahlung  
von 60 Pfg. zu beziehen.

Die Eröffnung der Offerten  
erfolgt in Gegenwart etwa  
erschienener Submittenten am  
Donnerstag, 24. Febr.,  
vormittags 11 Uhr, im Ge-  
werkschaftshaus, Johannis-  
straße 52.

Bis zum genannten Zeit-  
punkt sind Offerten an unser  
Kontor einzureichen.

Der Vorstand.

## Guter sage es dem anderen!

Den besten u. billigsten

## Sohlen-Ausschnitt

kauft man in der Lederhandlung

von  
**Wilhelm Grube,**

28 Hüxhausen 28.

Salon-Weißbrot ab Lager 100 Pfd.  
1 Mk., 11 Stück 10 Pfd. frei Haus  
100 Pfd. 1.10 Mk., Kartoffeln 20/30  
ab Lager 100 Pfd. 1.40 Mk., frei  
Haus 100 Pfd. 1.50 Mk., gefüllte  
Dinkflocken ab Lager 100 Pfd. 1.20  
Mk., frei Haus 100 Pfd. 1.30 Mk.  
empfiehlt C. Prestin, Wiekedstr. 33.



## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 18. Februar 1910.

30. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Der Toleranzantrag des Zentrums und der Aufhebung des Albrecht (S.D.) und Gen. gelangen zuramentlichen Abstimmung. Zunächst wird der Aufhebung des Albrecht (S.D.) gegen 89 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen nur Sozialdemokraten und Freisinnige. Hierauf wird der Zentrumsantrag mit 160 gegen 150 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) gleichfalls abgelehnt. Dafür stimmen Sozialdemokraten, Zentrum und Polen.

### Wahlrechtsinterpellation

Albrecht (S.D.) u. Gen.: „Was hat den Reichskanzler veranlaßt, im preussischen Abgeordnetenhaus Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?“

Auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück, der Reichskanzler sei bereit, die Interpellation morgen zu beantworten. Sie wird daher auf die morgige Tagesordnung gestellt.

### Stat des Reichsausschusses des Innern.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ (50.000 Mk.)

Dr. Mayer-Kaufmann (Z.) beklagt die Aberspekulation an der Börse, gegen die auch das neue Börsengesetz nichts geholfen habe. Er wünscht weitere gesetzgeberische Maßnahmen. Auch dem Hafersyndikat sollte die Regierung ihre Aufmerksamkeit widmen. Nach Ablehnung der Wählensumssteuer müssen die kleinen Müller anderweitig geschützt werden. Redner schließt mit einer Polemik gegen den Danjabund, der, wo es sich um klare Stellungnahme zu wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen handelt, immer knifflig, und dem gegenüber das Zentrum eine kühl- abwartende, in Mittelstandsfragen sogar ablehnende Haltung einnehme. (Bravo im Zentr.)

Staatssekretär Dr. Delbrück bittet zunächst seine noch nicht genügenden Detailkenntnisse mit der noch kurzen Amtsdauer zu entschuldigen. Die Bahnen der deutschen Sozialpolitik sind fest abgesteckt und von Persönlichkeiten unabhängig. Aber als neuer Mann in diesem wichtigen Amte darf ich mir doch wohl einige Bemerkungen gestatten: Nicht bloß in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft ist das soziale Interesse an Stelle des politischen getreten. Man darf wohl von einer Entwicklung zum Sozialismus sprechen. Redner geht über zu seinen Anschauungen über den Einfluß der Industrialisierung und der Weltkonjunktur auf die Landwirtschaft. Die Gesetzgebung sei genötigt gewesen, die Interessen der Landwirtschaft zu pflegen, und er glaube sagen zu können, daß es nicht vergebens gewesen sei. (Lebhafte Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalen.) Die Industrialisierung habe verhängnisvoll auch auf den Mittelstand gewirkt. Er sieht sich von rechts und links von oben und unten angegriffen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Reichstag und Einzelparlamente haben sich naturgemäß mit diesen sehr diffizilen Fragen zu befassen. Unsere Leistungen auf sozial-politischem Gebiete gehen weit hinaus über die anderer Länder. Aber eines ist uns leider nicht gelungen, die tiefe Kluft zu überbrücken, welche die wirtschaftlichen Kämpfe gerissen haben, und die das deutsche Volk in zwei Lager geteilt haben. Wir werden uns weiter bewußt bleiben müssen, daß wir zu versöhnen, nicht zu erzürnen haben. Der 25jährige Kampf der Landwirtschaft hat zu einem gewissen Abschluß geführt. Am meisten zu diesem Erfolge hat die Arbeit der Landwirte und ihrer Vertretung beigetragen. (Bravo! rechts.) Auch unsere Industrie, besonders die Eisen- und Textilindustrie hat sich

glänzend entwickelt. Und diese glänzende Entwicklung hat bis zu einem gewissen Grade den Blick für die Gefahren getrübt, die für die Zukunft unserer Industrie und unseres Handels in dieser eigenartigen Entwicklung selbst liegen. Das Reich muß mit sorgendem Auge über unsere Industrie wachen, die die Grundlage unserer Kriegsbereitschaft bildet und von der die Existenz von Millionen Arbeitern abhängt. Redner schließt mit einem Appell an das Haus, Hand in Hand mit der Regierung die überkommenen Ideen und materiellen Güter fortzuentwickeln. (Lebh. wiederh. Beifall rechts und i. Z.)

Wauke (S.D.) dankt dem Staatssekretär für seine Bestimmungen für den Mittelstand, äußert seinen Stolz auf unsere Sozialpolitik und lehnt für den Mittelstand die rettende Hand des Danjabundes ab, der nur Geld habe. Redner führt des weiteren Beschwerde darüber, daß neuerdings Tarifverhandlungen so lange dauern, daß die Arbeitgeber nur schwer die Zeit dazu finden. (Stift.) Mit patriotischen Arbeitsnachweisen hat man schlechte Erfahrungen gemacht. (Bravo! rechts.)

Fischer (S.D.): Die Rede des Herrn Staatssekretärs wäre besser beim Festessen des Landwirtschaftsrats gehalten worden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er ist für diese Rede schon bestraft worden, indem Herr Wauke erklärte, daß er an der Stelle des Staatssekretärs genau so gesprochen hätte. (Weiterkeit.) Die Quintessenz der Rede war die Ausführung, die Ziele der Regierung seien so fest abgesteckt, daß die Persönlichkeit nichts zur Sache tut, also: es bleibt alles beim alten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weiter sprach er dann allerdings von einem sozialistischen Zuge unseres wirtschaftlichen Lebens. Ich war verwundert, daß man von dieser Stelle aus in sympathischem Sinne von einem sozialistischen Zuge reden darf. Der Herr Staatssekretär hat jedoch, wenn ich ihn richtig verstanden habe, den Begriff etwas selbstherrlich angewendet. Sozialistisch ist ihm die naturgemäße Tendenz des Kapitals zur Konzentration. Was er sozialistisch nennt, ist also gerade das, was wir kapitalistisch nennen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Industrialisierung Deutschlands, von der er ja auch gesprochen hat, bedeutet nichts anderes, als daß wir im Begriffe sind, aus einem Agrarstaat ein Industriestaat zu werden. Unsere wirtschaftlichen Grundlagen haben sich in den letzten 30 Jahren vollkommen verändert. Wie kann man angesichts dieser Tatsachen aber noch immer bei denselben politischen Grundsätzen stehen bleiben? (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Entwicklung über den Mittelstand hinweg ist eine einfache Tatsache, von Willen der Parteien ganz unabhängig. Sie durch Gesetze aufhalten wollen, heißt einem Phantom nachjagen! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Worte über die Industrie klingen übrigens etwas schüchtern. Man hörte etwas hindurch wie eine Bitte an die Herren Agrarier. Entschuldigen Sie gütigst, daß die Industrie auch noch da ist und die Regierung sie bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen muß. (Sehr gut! b. d. Soz.) Trotz des „sozialistischen Zuges“ merkt man nun aber jedenfalls bei der Reichsregierung keine Spur von sozialistischer Durchdringung. Der Herr Staatssekretär hat von der Industrie, der Landwirtschaft, dem Kleinhandwerk ufm. gesprochen; aber von der Arbeiterklasse kein Wort! Kein Wort von ihren Forderungen, von der Stellung der neuen Regierung zu diesen Forderungen! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, er sprach von der noch nicht überbrückten Kluft innerhalb der heutigen Gesellschaft; aber trägt die Regierung nicht zu einem Teil die Schuld daran. Sie hat sich immer nach den Vorschriften des Zentralverbandes der deutschen Industriellen gerichtet. Der jetzige Herr Staatssekretär hat sich, als er noch preussischer Handelsminister war, bei einem Festessen des Zentralverbandes selbst als Kamerad des Unternehmertums bezeichnet (Hört, hört! bei den Soz.), der allerdings nicht die brutalen Worte liebt, wie Herr Ritter. Ja, wenn es nur auf die Worte ankäme, dann hätten wir einen sehr angenehmen Staatssekretär. (Weiterkeit.) Damals wollte er noch um die Seele der Arbeiter ringen, später dann mit Hilfe der Maschinengewehre. Für die Unternehmer, meinte er damals, gelte das Maß von Kommandogewalt, das der höhere

Offizier über den niederen Offizier, der Leutnant über den Soldaten hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Graf Wolskowsky hatte wenigstens noch den patriarchalischen Standpunkt den Arbeitern gegenüber. Sein Nachfolger aber stellt sich jetzt auf den militärischen Standpunkt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also wie der Leutnant dem Soldaten gegenüber, soll sich der Unternehmer gegen den Arbeiter stellen. Man muß dabei unwillkürlich an den neunzehnjährigen Leutnant denken, der jetzt wegen schamloser Mißhandlungen Untergebener prozessiert wurde. Der Kadavergehorfan: durchzieht auch unsere ganze Sozialpolitik. Sollte sich aber einmal so ein Leutnant der Industrie etwas heraus nehmen, so würden hoffentlich die Arbeiter so viel Mut besitzen, ihm mit den Landwehrräufen zu dienen. (Leif. b. d. Soz.) Daß die Lage der Arbeiter vollkommen befriedigend sei, daß ihre Klagen Unsinns, daß mehr Ruhe in der Sozialpolitik eintreten müsse, sei, so versicherte im Jahre 1908 Herr von Löbell, auch die Ansicht des Kaisers. Daß das auch die Auffassung des Bundesrats ist, zeigen seine Beschlüsse gegenüber den Entschließungen des Reichstags in der Frage des Vergesetzes. Natürlich, der Zentralverband hat verboten. Die Herrn drohen ja auch mit dem Sturz des Ministers, aber nachdem sie das Gesetz beseitigt hatten, konnte der Minister schon bleiben. Dasselbe schroff ablehnende Antwort erteilte der Bundesrat auch auf den Wunsch des Reichstages nach besoldeten Beamten für die Baukontrolle. In einem Bericht im preussischen Landtag hat nun der Kollege Pieper die ablehnenden Gründe der preussischen Regierung mitgeteilt. Es sei kein Bedürfnis vorhanden, die Eingliederung in den Beamtenorganismus sei sehr schwierig. Dann heißt es wörtlich: „In Preußen, wo schon jetzt in allen Instanzen ein großer Teil der Arbeitskraft der Beamten auf die Austragung von Zuständigkeitsfragen verwendet wird.“ Also diese einfache Maßregel kann nicht durchgeführt werden, weil die Beamten mit Kompetenzkonflikten beschäftigt sind. (Gr. Weiterkeit. b. d. Soz.) Hat denn die Regierung gar keine Empfindung dafür, daß ganz Europa lachen muß, wenn die preussische, nein, die chinesische Regierung sagt, daß sie auf diese Art die Arbeitskraft ihrer Beamten verwendet. (Sehr gut! b. d. Soz.) Und eine solche Regierung bildet sich noch ein. Sie sei zur Führung Deutschlands berufen: Preußen in Deutschland voran! heißt es ja. (Weiterkeit.) Noch weitere schöne Gründe gegen die Baukontrolle werden angeführt. In erster Linie: Die Arbeiter verziehen nichts. Natürlich, sie sind ja keine Bureaukraten. Weiter heißt es, die Auswahl sei schwierig. Entweder, man müsse alle Organisationen berücksichtigen, oder man müsse die Sozialdemokraten ausschließen, oder aber man müsse die politische Seite überhaupt ganz außer Betracht lassen. Der erste Weg sei ausgeschlossen, weil die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mit den Pflichten eines preussischen Beamten unvereinbar sei. Der zweite Weg hätte zur Folge, daß die neuen Beamten bei einem großen Teil der Arbeiter kein Vertrauen besitzen. (Hört, hört! bei d. Soz.) Der dritte Weg würde zum Teil zu den Schwierigkeiten des ersten, zum Teil zu denen des zweiten führen. Diese Gründe fordern nicht nur zu Spott heraus, sondern auch zum schärfsten Protest. Die Überzeugung des einzelnen Arbeiters und Beamten geht die Regierung gar nichts an. Vor dem Gesetze sollten alle Bürger gleich sein. Und welche ungeheure politische Rückständigkeit spricht aus dieser Auffassung! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wir sind die stärkste Partei im Reich und in Preußen. Wir wachsen jeden Tag. (Zuruf v. Str.: Bis in den Himmel.) Mein Herr Erzberger, den Himmel überlassen wir Ihnen. Wir aber wollen hier auf Erden Zustände schaffen, daß Sie sie im Himmel gar nicht besser finden. (Gr. Weiterkeit.) Welche ungeheure rückständige Auffassung, sag ich, wenn die Regierung uns zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren will. Wir haben das Recht, eine Regierung, die so etwas tut, als kulturfeindlich zu betrachten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und Preußen soll doch, sagt man, ein Kulturstaat sein. (Stift. b. d. Soz.) Wäre die Sozialdemokratie wirklich diese Rotte vaterlandsloser Gesellen, nicht wert den Namen „Deutsche“ zu tragen, wie man sich einmal an gewisser Stelle ausgedrückt hat, so möchte ich

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarauw.

(18. Fortsetzung.) Nachdruck verboten. Woh unterrichtete die Post und nahm die Briefe heraus, die er dem Minister ins Ministerium bringen wollte. Als er den Brief des Altermanns an Christine fand, rief er sie herein.

„Du, Christine,“ sagte er ernst, als er ihr den Brief gereicht hatte, „ich muß mit Dir über eine Sache sprechen. Sie kommen oft hier herunter zu Dir, die Söhne des Ministers.“

„Die Tür stand offen, und so kam der Assistent herein.“

„Ich meine eigentlich auch nicht so sehr Alfred; aber der Doktor —“

„Der ist nicht hier gewesen,“ rief Christine rasch ein. „Mein, aber ich glaube, er war auf dem Wege hierher. Sieh mal — liebe Christine!“ fuhr er fort, und legte die Hand auf ihre Schulter — Christine war etwas größer als er — „das Leben in einer großen Stadt bringt viele Versuchungen für ein junges Mädchen mit sich. Außerdem muß Du bedenken, wie viel ich dem Minister verdanke und wie unangenehm es mir sein würde, wenn ihm etwas, woran ich oder einer der meinigen die Schuld trüge, Verdruß bereitete. Das verstehst Du vielleicht jetzt noch nicht, aber ich möchte Dich bitten, vorzüglich zu sein und Dich an die zu halten, die Dir wohl wollen.“

Er streichelte ihre Wange und ging fort. Nein — sie verstand es nicht — wenigstens nicht ganz. Sie hatte wohl ein Gefühl davon, daß ihr Onkel meinte, die jungen Herren kämen um ihretwillen. Welcher Verdruß aber daraus für den Minister entstehen könnte, vermochte sie nicht einzusehen. Christine war ein vernünftiges, gesundes Bauernmädchen, das sehr wohl begriff, welcher großer Abstand zwischen ihr und dem Sohn eines Ministers sei.

Dennoch ward sie unruhig, als nun auch der Altermann mit denselben Warnungen und Andeutungen im Briefe kam. Wie sollte sie sich aber benehmen? Gegen Alfred war sie so wenig zuvorkommend, wie nur möglich; und wie sollte sie dem guten, ernsthaften Doktor gerade ins Gesicht sagen, daß er nicht mehr kommen dürfe — kam er doch so selten. Sie

rechnete nach; es waren fast vierzehn Tage vergangen, seit sie mit ihm gesprochen hatte.

Der Onkel Andreas war so sonderbar; sie konnte aus ihm nicht recht klug werden; freundlich war er immer; aber doch hatte sie eine gewisse Scheu vor ihm.

Zuweilen des Abends — er kam immer spät nach Hause — blieb er, wenn er durch ihr Zimmer ging, vor ihrem Bette stehen und sprach mit ihr. Aber sie verstand nicht immer, was er sagte — entweder war sie schläfrig oder der Onkel war des Abends milde, so daß er undeutlich sprach. Aber er streichelte sie stets, wenn er ihr gute Nacht sagte.

Doktor Bennechen hatte kein rechtes Glück, wenn er ausging, um Christine zu besuchen. Lust dazu hatte er immer, aber er befürchtete, Alfred zu begegnen und es war ihm auch nicht lieb, Wohl zu treffen. Übrigens hatte er bei seinen Expeditionen nach dem Keller kein gutes Gewissen und es war ihm, als habe er etwas sehr Schlimmes vor. Gewöhnlich fiel das Unternehmen auch so aus, daß er bloß in die Fenster hinunter sah und vorbeiging; oder er trat ins Haus und besuchte seine Mutter, in der unbestimmten Hoffnung, Christine im Torwege, auf der Treppe oder sonst irgendwo zu treffen.

Er war in sie verliebt und er wußte es selber sehr wohl. Und dennoch war er nicht froh, wie man es ist, wenn eine junge Liebe die Adern wie ein warmer Strom durchrieselt.

Anfangs war er sehr im Zweifel darüber, welchen Eindruck er auf Christine gemacht habe. Er fürchtete, daß sie, die so gesund und herrlich geschaffen war, vor einem Krüppel wie ihm Abscheu haben müsse. Denn der Doktor glaubte, daß er viel stärker lahme, als er dies wirklich tat.

Dann war er auch eifersüchtig auf Alfred — still verbissen, rasend eifersüchtig auf diesen Bruder, der ihm überall im Wege war, der überall gehässig und ihm vorgezogen wurde und für den er so oft den Sündenbock hatte abgeben müssen.

Und endlich hegte Johann Bennechen ein heimliches wehmütiges Mißtrauen gegen sich selbst und sein Glück überhaupt. Er war immer unglücklich gewesen, und man hatte ihm immer gesagt, daß er es sei.

Deshalb liebte er seine Neigung, die er emporsteigen fühlte, wie man ein krankes Kind liebt. Er ließ das starke Gefühl sein ganzes Wesen umschließen, ohne an Widerstand zu denken; und er trug seine Liebe wohl ver-

wahrt in seiner treuen Brust mit einer stillen wehmütigen Freude, ohne zu erwarten, daß sie ihm etwas Gutes bringen werde.

Selbst in dem allergünstigsten Fall, daß Christine ihn wirklich lieben mochte, sah es schlimm genug aus. Denn was würde die Frau Minister dazu sagen! Und wenn er sich auch die Möglichkeit dachte, sich über den Widerstand der Mutter hinwegzusetzen, woher sollte er jemals den Mut nehmen, vor seinem Vater hinzutreten und ihm zu sagen, daß er ein Bauernmädchen heiraten wolle!

Dieser Vater — so schön und imponierend — war in Johann Bennechens Augen der Inbegriff alles Ehrenwerten, Feinen, Erhabenen.

Wenn die Blätter der Opposition über die Regierung herfielen, lag der Doktor sie stets mit einem stillen Vorbehalt in betreff seines Vaters. Es war immerhin denkbar, daß in der Regierung Personen waren, die der Kritik bedürften, daß aber etwas an Minister Bennechen anzufehen sei, fiel ihm nicht im Traume ein.

Während die Mutter alle ihre Zärtlichkeit dem hübschen Alfred zuwandte und nur wenig für die beiden Mißglückten — wie sie Johann und Hilda nannte — übrig hatte, war der Vater seinen Kindern gegenüber ziemlich gleich, und es konnte sogar vorkommen, daß er einen schwachen Widerstand gegen seine Gattin wagte, wenn sie Alfred gar zu sehr verhätschelte. Dies war für Johann, der darin nicht verwöhnt war, genug; und je älter er wurde, desto höher stieg seine Achtung vor dem Vater, so daß sie zuletzt fast zur Religion für ihn ward.

Aber nun sollte Johann gerade gegen die vornehmste Eigenschaft des Vaters, gegen das Prinzip seines Lebens, das Respektable, das Feine, das Korrekte verstoßen, ja Sturm dagegen laufen durch eine so absurde Verbindung mit einem großen, rothaarigen Bauernmädchen.

Johann dachte sich, was der Vater sagen und tun würde, wenn er der Torheit seines ältesten Sohnes auf die Spur käme. War es ihm doch erst nach unendlichen Verhandlungen gestattet worden, um den Posten eines Armenarztes am äußersten Ende der Stadt sich zu bewerben — und was war das im Vergleich mit jenem anderen!

Jedemal aber, wenn der Doktor in seinen Gedanken so weit kam, sagte er mit einer gewissen Verbitteung zu sich selbst: was nützt es, darüber nachzugrübeln; sie kümmern sich doch nicht im mindesten um mich. (Fortsetzung folgt.)



den Staatsmann sehen, der überhaupt noch eine Kraftvolle auswärtige Politik führen möchte. Wie dürfte man eine Mobilmachung wagen, wenn es wirklich so wäre. Nein, die Regierung glaubt diesen Unflin selbst nicht. Sie verbietet aber das Märchen von der staatsbürgerlichen Minderwertigkeit der Sozialdemokraten, um die Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Auf die Dauer freilich wird es nicht gehen. Kein anständiger Mensch kann schon heute die Verdienste der Sozialdemokratie leugnen, und es fragt ja auch schon in Reglerungskreisen. Freilich nicht in Preußen. (Rufe aus dem Zentrum: Wo?) Ach, meine Herren, Sie doch ihren Parteigenossen Dr. Richter, der den von dem Minister von Bodenwils angefangenen hat, weil dieser sich bemühte, eine objektive Stellung der Sozialdemokratie gegenüber zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir brauchen uns unsere Erstlingsberechtigung allerdings nicht von einem Minister beschneiden zu lassen, aber mitnehmen können wir schließlich (Weiterkeit.) In Bayern funktionieren auch die Arbeiterbaukontrollen vortrefflich und an diesem und ähnlichem ist Bayern noch nicht zugrunde gegangen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich wende mich nun zur Gewerbeinspektion. Mit Mühe entdeckt man vereinzelt kleine Fortschritte. Aber auf jeden von ihnen kommen mindestens 8 große Rückschritte. Beachtenswert ist der offensichtliche Einfluß den die Beauftragten des Scharfmacherverbandes der Industriellen auch hier auf das preussische Handelsministerium ausüben. Sie erklären sich sogar, gegen den Reichstag vorzubringen, er lasse sich nicht von sachlichen Motiven sondern von der Spekulation nach Waffengunst leiten. (Hört, hört! bei den Soz.) Der sachliche Wert dieser Eingaben wird durch folgende Stichprobe beleuchtet. Red wird behauptet, die tägliche Arbeitszeit an den Hochöfen betrage nur 5 Stunden. (Zuruf bei den Soz.: Unerbört!) Aber auch eine Reihe von Bemerkungen in den Berichten preussischer Gewerbeinspektoren haben einen Stich ins Gehirne. Wohntuend welchen haben die süddeutschen Berichte ab. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Geist, der die Arbeiterschutzesgebung durchzieht, herrscht in Preußen auch in der Gewerbeinspektion. Die Februarverträge sind längst vermodert und verschimmelt. Niemand nimmt sie mehr ernst. Daß sie erfüllt sind, glaubt kein Mensch. Die Arbeiter werden mit Redensarten abgespist wie z. B. daß ihre Kompottschüssel gefüllt sei. Aber der Zentralverband schiebt seine Vorsitzenden in das Reichsamt des Innern. Deshalb muß man den Arbeitern zurufen: Dieser Regierung gegenüber laßt alle Hoffnung fahren! Wenn ihr etwas erreichen wollt, organisiert Euch! Damit ihr ebenso stark werdet, wie der Zentralverband deutscher Industrieller, und damit die Regierung für Euch ebenso gut vorhanden ist wie für ihn. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Linz (N.B.) bekämpft die Konkurrenzvereine, die den Mittelstand ruinieren. Gegen den Schmutz in Kunst und Literatur sind gesetzliche polizeiliche Maßnahmen notwendig. (Bravo! rechts.) Die Arbeiterorganisationen sollten von den Arbeitgeberorganisationen als Verhandlungsfähig anerkannt werden. Auf diese Weise wird es am ehesten gelingen, die christlichen und neutralen Gewerkschaften zu verhindern, in das Fahrwasser der Sozialdemokratie zu geraten. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Interpellation Abrecht über die Reichslandgerichte im Abgeordnetenhause, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluss: 6 3/4 Uhr.

### Aus der Partei.

Peter Curran J. In Walthamstow (London-Ost) starb Genosse Peter Curran nach kurzer Krankheit. Er war im Jahre 1860 in Glasgow geboren und mußte schon in seinem 10. Lebensjahre in die Fabrik. Im Jahre 1880 trat er seiner Gewerkschaft bei und neun Jahre später wurde er Sozialist. Als Streikführer wurde er im Jahre 1890 wegen Einschüchterung von Arbeitswilligen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Appellhof hob indes das Urteil wieder auf. Seitdem war er Organisator des Gasarbeiter-Verbandes, zu dessen Ausbau er, sein Kollege Thorne und Eleanor Marx viel beigetragen haben. Vom Jahre 1907 bis Ende 1909 war er Parlamentsabgeordneter für Farrow. Bei den letzten Wahlen verlor er sein Mandat gegen eine Mehrheit von nur 67 Stimmen. Er war auch Friedensrichter der Grafschaft Essex. Die britische Arbeiterbewegung verliert in ihm einen ihrer energischsten und beredtesten Vertreter.

Bebels „Villa“. Um bei Bebel's 70. Geburtstag auch ein Geschäftchen zu machen, versendet eine Berliner „Illustrations- und Korrespondenzzentrale“ Klischees von Bebel und von der „Villa Bebel's bei Rixdorf am Züchensee.“ Da anzunehmen ist, daß die bürgerliche Presse sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, wieder einmal die bekannte alberne Kinderei zu machen, den „Willemsberger Bebel“ entsprechend zu glossieren, wollen wir mitteilen, daß Bebel das Häuschen schon vor vier Jahren und leider mit ziemlichem Schaden, verkauft hat.

Unsere sozialdemokratischen Stadtverordneten in Breslau haben folgenden Antrag eingebracht: Wir beantragen: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, an das preussische Abgeordnetenhause eine Petition um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu richten und ersucht den Magistrat, sich dieser Petition anzuschließen. Durch die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung wird die bisherige Einteilung der Wahlkreise beibehalten, ebenso die Dreiklassenwahl und die öffentliche Abstammung. Breslaus Interessen werden dadurch geschädigt, weshalb eine entsprechende Änderung der Vorlage gefordert wird.

Staatsgefährliche Konfirmandenfeste. Das Oberlandesgericht in Dresden verwarf Donnerstag die Revision zweier Genossen, die als Veranstalter von Konfirmandenfesten vom Landgericht zu je fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt waren. Es handelt sich um einen Vortrag des Genossen Düwelle, der politisch gemein sein soll. Zuerst waren die Genossen mit einem Strafbefehl von 50 Mark bedacht worden; dagegen legten sie an das Schöffengericht Berufung ein, das sie aber verurteilte. Das Landgericht sprach sie dann frei. Die Staatsanwaltschaft legte darauf Revision an das Oberlandesgericht ein, das die Sache an das Landgericht zurückverwies. Das Landgericht verurteilte nunmehr — entgegen seinem ersten Entscheid — die beiden Genossen, die nunmehr Revision an das Oberlandesgericht einlegten. Als sechste Instanz verwarf das Oberlandesgericht diese Revision.

Gegen die Polizei-Brutalität, die am Sonntag verübt wurden, protestierte am Mittwoch eine von 1400 Personen besuchte Versammlung in Oshittam Main. Viele Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden. In der Diskussion wurde besonders scharf auf das Vorgehen des Bürgermeisters Balleste hingewiesen, der einen 18-Jährigen bei der Stadt beschäftigt gewesen Arbeiter, der sich noch niemals etwas zuzulassen kommen ließ, entlassen hatte, weil er an der Demonstration teilnahm.

Die rote Propaganda im Reichstagswahl in Jülich. Bei der Gemeinderatswahl in Jülich am 12. März

unser Genosse Rauffsch mit 100 Stimmen Majorität über den bürgerlichen Kandidaten. Der aus 20 Mitgliedern bestehende Gemeinderat legt sich jetzt aus 15 Sozialdemokraten und 5 bürgerlichen zusammen.

Die verbotene Sammlung. Wir berichteten schon wiederholt über die Strafsache des Arbeiterssekretärs, Genossen Walter in Augsburg, der anlässlich des schwedischen Generalstreiks sich bereit erklärt hatte, die von den Gewerkschaften einlaufenden Unterstützungsgelder entgegenzunehmen und der deshalb wegen unerlaubter Sammlung mit einem Strafmandat in Höhe von 18 Mark bzw. 2 Tagen Haft bedacht worden war. Gegen diese Polizeistrafe wurde Einspruch erhoben und am Schöffengericht erzielte Walter einen Freispruch. Beim Amtsamt wurde gegen diese freisprechende Erkenntnis Berufung eingelegt mit dem Erfolg, daß Walter in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht für schuldig erkannt und die Strafe bestätigt wurde. Begründet hatte das Landgericht die Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils damit, daß bei der Ausdehnung der Sammlung auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr von einer Sammlung im engeren Kreise gesprochen werden könne, vielmehr der Begriff „öffentliche Sammlung“ gegeben sei, für die behördliche Genehmigung eingeholt werden müsse. Gegen dieses Urteil legte der Verurteilte Revision beim Oberlandesgericht ein. Die Revision wurde dort kostenpflichtig abgewiesen. Es bleibt also bei der Geldstrafe. Bemerkenswert ist, daß wohl in allen bayerischen Städten in gleicher Weise für die schwedischen Arbeiter gesammelt worden ist, außer der Augsburger Polizei ist aber keine so auf der Wacht gewesen, um die Einhaltung dieses Gesetzes zu beklagen.

### Bewerkschaftsbewegung.

Christliche Verküsterungsversuche. In der in München erscheinenden ultramontanen Wochenchrift „Allgemeine Rundschau“ (Nr. 8 vom 17. Februar 1910) berichtet Clemens Graf von Galen über den gegenwärtigen Stand der Vereinigungsbestrebungen zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen. Er behauptet, die beiden Richtungen in den katholischen Arbeitervereinen sind sich einig, u. a. auch über folgenden Grundsatz: „Die Entscheidung, ob die bestehenden oder zu gründenden Berufsorganisationen unter den jeweiligen örtlichen Verhältnissen durch ihre Zusammensetzung ausreichende Garantien (daß die religiös-sittlichen Grundsätze des katholischen Glaubens durch ihre Beschlüsse und Maßnahmen nicht verletzt werden) bieten, steht definitiv den Bischöfen zu; und jeder katholische Arbeiter und Arbeiterfreund ist im Gewissen verpflichtet, sich praktisch nach der Entscheidung des Erzbischofs zu richten.“ Wenn Graf Galen hier nicht gefunken hat, dann sind die christlichen Gewerkschaftsführer wieder einmal zu Kreuze getrocknet. Seit dem internationalen Kongress christlicher Arbeiterorganisationen in Zürich haben diese wiederholt erklärt, die Bischöfe hätten den christlichen Arbeitern wegen ihrer wirtschaftlichen Organisationen nichts dreinzureden. „Wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Wort zu sprechen.“ So erklärte Schiffer 1908 in Zürich und dieses Wort ist seither in unzähligen Variationen wiederholt worden. Auch nach der Publikation des letzten Handschreibens des gegenwärtigen Papstes an den Führer der katholischen Berufsorganisationen in Italien wurde von der christlichen Gewerkschaftspresse gesagt, dieses Schreiben könne für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland nicht maßgebend sein. Und nun auf einmal sollen — nach der Behauptung des Grafen Galen — auch die christlichen Gewerkschaften damit einverstanden sein, daß die Bischöfe darüber zu befinden haben, ob gemischte oder konfessionelle Vereinigungen am Platze seien.“ Die christlichen Gewerkschaften dürfen also nur dort arbeiten, wo es ihnen der Bischof gestattet. Das wäre somit der Zustand, den die christlichen Führer in Dingen von Reden und Zeitungsartikeln als unmöglichen bezeichnet haben. Graf Galen bemerkt übrigens, der oben zitierte Grundsatz habe selbstverständlich auch für andere wirtschaftliche Organisationen der Katholiken, unter Berücksichtigung ihrer Eigenart Geltung. Es wäre gut, wenn Graf Galen deutlich sagen wollte, welche „Eigenarten“ besondere Berücksichtigung finden sollen. Wie steht es insbesondere mit den Arbeitgeber-Organisationen?

Hat der Arbeiter den durch partiellen Streik im Betriebe ihm verursachten Lohnausfall zu tragen? Wie wir seinerzeit berichteten, wurde beim Gewerbegericht Lechhausen vor einiger Zeit eine Massenklage anhängig gemacht. Infolge des Streiks in einer Abteilung der Glühfadefabrik Lechhausen hatte die Direktion die Arbeitszeit in den anderen Abteilungen bis auf die Hälfte eingeschränkt, ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiter erlitten dadurch unverschuldet einen ganz erheblichen Verdienstausschlag, weshalb 309 im Betriebe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma auf Zahlung des ihnen auf diese Weise entgangenen Verdienstes verklagten. Nach wiederholter Vertagung kam die Klage nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Nachdem die Rechtslage in allen Fällen gleich war, wurde ein Fall herausgegriffen, der dann für sämtliche Klagen entscheidend sein soll. Das Gewerbegericht verpflichtete die beklagte Firma zur Zahlung der Entschädigung, und zwar für 17 Tage entgangenen Lohnes. Aus der Urteilsbegründung sei angeführt:

Die Paragraphen 615, 293 und 324 des Bürgerlichen Gesetzbuches befehlen, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber die vereinbarte Vergütung verlangen kann, wenn der Dienstberechtigte (Arbeitgeber) mit Annahme der Dienste in Verzug gerät. Der klare Wortlaut des Gesetzes läßt erkennen, daß der Arbeitgeber auch zahlen muß, wenn er unverschuldet in Verzug gerät. In diesem Falle habe aber die Firma die Schuld zu tragen, da sie durch ihr Verhalten den Streik in der Bumpstation veranlaßt hat. Eine Betriebsstörung lag auch nicht vor, da ein partieller Streik eine solche nicht vorstellt. — Am gleichen Tage kam auch die Klage von 24 streikenden Arbeitern der Bumpstation gegen die gleiche Firma zur Verhandlung. Die Leute hatten wegen Lohnreduktion und Maßregelung die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte sich nun geweigert, den als Kautelen einbehaltenen Lohn von drei Tagen herauszuzahlen, weil die Streikenden kontraktbrüchig geworden seien. Auch in diesem Fall entschied das Gericht zugunsten der Kläger. Es stellte fest, daß die Kläger nicht kontraktbrüchig geworden seien, die Firma durch ihr Verhalten vielmehr den Streik verschuldet habe, weshalb die zurückbehaltenen Löhne herausbezahlt werden müssen. Die Gesamthöhe der Streitsumme in den vorliegenden Fällen dürfte sich auf etwa 5500 Mk. belaufen.

### Soziales.

Der badische Landtag und die Arbeitslosenversicherung. Als Mittwoch der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung von 10 000 Mk. für Arbeitslosenunterstützung besprochen wurde, erklärte die Regierung, daß sie zunächst dem Antrage nicht stattgeben könne, da alle Voraussetzungen seitens des Staates für die Arbeitslosenunterstützung fehlten. Es müsse zunächst eine bessere Organisation des Arbeits-

nachweises eintreten. In dieser Beziehung haben die Forderungen bereits Erhebungen veranlaßt.

### Aus dem Gerichtssaal.

Wieder einmal ein Unzurechnungsfähiger. Der am 20. Juli 1909 in Chemnitz wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete Kaufmann Emil Schulze wurde vom Chemnitzer Schwurgericht freigesprochen. Der 38 Jahre alte, vermögende Angeklagte, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, hatte sich in verschiedenen Stadtteilen „Absteigequartiere“ gemietet, schleppte seine Opfer dahin und mißhandelte und mißbrauchte sie in sadistischer Weise. Waren die Mädchen ihm nicht so zu Willen, wie er es wünschte, bedrohte und mißhandelte er sie mit der Reitpeitsche. Dr. Siemens nannte er sich, auch andere Namen legte er sich bei. Die Freisprechung erfolgte auf Grund eines Gutachtens des Dr. Flechsig aus Leipzig über den Geisteszustand des Angeklagten. Merkwürdig, daß gerade der ermögende Angeklagte verrückt sind und daß ihre Unzurechnungsfähigkeit erst kurz vor ihrer Verurteilung entdeckt wird.

Simplizissimus-Prozess. Der verantwortliche Redakteur und Reichler des „Simplizissimus“, Gulbranson, wurde vom Schöffengericht in Hamm wegen Beleidigung der Verwaltung der Zeche Rabbod zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Bilde gefunden, das die Vorkommnisse auf der Zeche Rabbod karikierte. Das Schöffengericht glaubte, diese hohe Strafe deshalb aussprechen zu müssen, weil das Vorgehen der Zecheverwaltung, das dem Angeklagten als Vorwurf zu seinem Bilde gedient hat, als berechtigt angesehen wurde. Der Verurteilte legte Berufung ein, die am Freitag vor der Strafkammer in Dortmund zur Verhandlung kam. Als Verteidiger waren erschienen die Rechtsanwälte Reichstagsabgeordneter Paulmann, Frank-Dortmund und Dr. Schilling, der frühere Bürgermeister von Hufum. Die Verhandlung endete damit, daß das erste Urteil aufgehoben und Gulbranson zu einer Geldstrafe von 1500 Mk. verurteilt wurde. Aus der Begründung des Urteils entnehmen wir: Das Gericht ist der Auffassung, daß, wie der Vorderrichter richtig ausgeführt hat, das Bild mit seinem Text eine erhebliche Beleidigung der Privatkläger bedeutet. Es trifft in der ganzen Angelegenheit die Zecheverwaltung nicht der geringste Vorwurf. Dagegen legt das Gericht besonderen Wert darauf zu betonen, daß der Kolonievogt einen schweren, nicht zu billigen Mißgriff getan hat. Der Kolonievogt hätte die Egnütterung der Witwe am Tage vor Himmelfahrt verhindern müssen. Der Gerichtshof legt besonderen Wert darauf zu betonen, daß die Egnütterung und die Fortführung der Kinder einen schrecklich traurigen Anblick gemährt, der einen Notschrei unbedingt als berechtigt gelten lassen muß. Auch das Vormundschaftsgericht hat wohl zu energisch und zu schnell gearbeitet. Aus allen diesen Erhebungen heraus hat das Gericht die Gefängnisstrafe von 6 Monaten aufgehoben, aber angelehnt der Schwere der Beleidigung auf die höchst zulässige Geldstrafe von 1500 Mk. erkannt.

Fünf Jahre Zuchthaus für ein Paar Schuhe! Die Strafkammer in Aachen war am 16. Februar in der Zwangslage, den 21jährigen Betonarbeiter Wilhelm Kreuz aus Gladbach und den 23jährigen Feilenhauer Wilhelm Penn aus Nürnberg wegen Diebstahls eines Paares Schuhe zu je fünf Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Die Verurteilung mußte auf Grund des in Neutral-Moresnet noch geltenden alten französischen Rechts, des Code penal, erfolgen, dessen Artikel 384 als geringste zulässige Strafe für den Diebstahl fünf Jahre Zwangsarbeit vorsieht. Da man in Deutschland Zwangsarbeit nicht mehr kennt, so wurde die Strafe in je fünf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Der Vorsitzende gab den Verurteilten anheim, ein Gnadengesuch einzureichen.

Der Soldat muß nicht unter allen Umständen gehorchen. Dieser vernünftige Grundsatz hat endlich einmal bei Militärtribunalen Anerkennung gefunden. Ein Soldat des 1. Chevaulegersregiments in Nürnberg hatte beim Stalldienst von einem Unteroffizier den Befehl bekommen, ein Heuband aufzunehmen, was er nach Ansicht des Unteroffiziers nicht rasch genug ausführte. Der Stellvertreter Gottes“ erteilte ihm daher den weiteren Befehl, dreimal im Laufschrift im Stallgang auf und ab zu laufen. Dessen weigerte sich jedoch der Soldat, worauf der Unteroffizier den Befehl wiederholte und weiter verlangte, der Soldat solle den Befehl nachfragen. Wiederum verweigerte der Mann den Gehorsam, was ihm wegen erschweren Ungehorsams vor das Kriegsgericht führte. Da er schon dreizehmal wegen Ungehorsams bestraft ist, konnte er sich auf eine exemplarische Strafe gefaßt machen. Aus der Rede des Verteidigers, eines Leutnants von der Eskadron des Angeklagten, konnte man aber einen Begriff gewinnen, wie solche Strafen zustande kommen können. Der Verteidiger erklärte, der Soldat sei trotz seiner dreizehnmaligen Bestrafung kein böswilliger Mensch, sondern nur unbeholfen und ungeschickt, übrigens sei er noch nie von einem Offizier gemeldet worden, sondern immer nur von Unteroffizieren, er sei das Opfer seiner Unbeholfenheit. Der betreffende Unteroffizier sei hitzig und mache mehr aus einer Sache, als daran sei. Die Angaben des Mannes, von dem Unteroffizier ungeredet behandelt worden zu sein, seien durch den Umstand, daß er gerade von diesem früher noch nicht gemeldet wurde, nicht widerlegt; durch kleine Mittel könne man oft einen Mann besser zücken und schwerer strafen, als wenn man ihn meldet. Der Befehl war eine Strafe, zu der der Unteroffizier nicht berechtigt war. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers halb an und sprach den Soldaten frei, soweit die Anklage sich auf Nichtbefolgung des Befehls, im Stall auf und ab zu laufen, bezog, diesen Befehl zu erteilen, sei der Unteroffizier nicht berechtigt gewesen; dagegen wurde auf zwei Monate Gefängnis erkannt, weil der Soldat sich weigerte, den Befehl nachzusagen. Wenn der erste Befehl ungerichtet und eine Strafe war, so war es doch jedenfalls erst recht das Verlangen, den unberechtigten Befehl nachzusagen.

Dann Gürtler, der auch den Lübeckern durch sein Auftreten im Hanstheater bekannt ist, wurde in Stuttgart wegen Beschimpfungen der Einrichtungen der katholischen Kirche zu einem Monate Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Das Gericht erblickte die Beschimpfung in Äußerungen über das Papsttum und das Ordenswesen.

Ein Züricher Giftmordprozess. Nach viertägiger Verhandlung verurteilte das Züricher Schwurgericht vier wegen Giftmordes an der Tramwagenführerfrau Karl in Zürich Angeklagte zu Lebenslänglichem Zuchthaus unter Verjagung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt erkrankte unter dem Einfluß einer großen Gemütsregung unmittelbar nach dem Schuldpruch. Das Publikum nahm den Schuldigungspruch mit Genugtuung auf.



# Aus Nah und Fern.

**Gegen den Abonnementversicherungsschwindel.** In der Mittwochssitzung des Finanzausschusses der bayerischen Abgeordnetenversammlung kam der Versicherungsschwindel, der von einigen Zeitungen betrieben wird, zur Sprache. Die Redner sämtlicher Parteien sprachen die Meinung aus, daß die Abonnementversicherung ein Zustand sei, der so bald als möglich beseitigt werden müsse. Abgeordneter Dr. Richter (Zentrum) führte aus, die Abonnementversicherung sei ein Unfug, der in sehr vielen Fällen zur Täuschung der Abonnenten führe und gelegentlich beseitigt werden müsse. Wenn es nicht anders gehe, müßten in die neuen Versicherungsgesetze Bestimmungen aufgenommen werden, wodurch ein Unwesen beseitigt wird, das mit dem Zeitungswesen als solchem gar nichts zu tun hat, aber andererseits charakterlosen Blättern Eingang verschafft. — Der Verkehrsminister von Frauenfelder äußerte sich in der gleichen Weise. Er werde, so weit er in der Lage sei, darauf hinarbeiten, daß dieser Versicherungsunfug so bald als nur möglich abgestellt wird.

**Was war der Grund?** Donnerstag morgen erschloß sich in Weimar ein Militärkloster vor dem Kloster, unmittelbar unter dem Zimmer der Großherzogin. Die Ursache der Tat ist, nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“, unbekannt.

**Liebesdrama.** Aus Sondershausen wird gemeldet: In dem zwischen unserer Stadt und Keldra gelegenen Schauffehausen hat Mittwochabend kurz nach 7 Uhr der Postbote Speiser seine Geliebte, das Dienstmädchen des Schauffehauswirts, und dann sich selbst erschossen.

**Ein Justizskandalchen** hat sich in Köln a. Rh. ereignet. In einer Schöffengerichtssitzung beantragte der Amtsanwalt gegen eine Angeklagte wegen Ungehorsam vor Gericht eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von sechs Wochen, obwohl der § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes für Ungehorsam eine Höchstgrenze von 100 Mk. Geldstrafe oder drei Tagen Haft kennt. Der Vorsitzende, ein Assessor, erfüllte sofort das protestierte Begehren des Anwalts ebenfalls noch jungen Vertretern der Anklagebehörde. Später wurde der Gerichtsvorstand auf seinen ungeheuerlichen Irrtum aufmerksam gemacht, und so wurde die Sache nachträglich eingekerkert. Daß etwas Derartiges vorkommen kann, läßt eigenartige Schlüsse auf die Tüchtigkeit mancher Juristen zu, denen die Entscheidung über das Wohl und Wehe zahlreicher Mitmenschen anheimgestellt ist.

**Gruben-Explosion.** Nach einer Meldung aus Bochum fand auf der Zeche „Hannibal“ auf dem Schacht I in der 500-Meter-Sohle in dem Augenblick, als man die künstliche Bewetterung einbauen wollte, eine heftige Schlagwetter-Explosion statt. Ein Stelger und drei Arbeiter wurden schwer verletzt; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Vertreter der königlichen Bergbehörde fanden sich sofort an der Unfallstelle ein.

**„Küß die Hand“.** Eine ergötliche Szene spielte sich auf dem letzten parlamentarischen Abend ab, den jüngst in München Ministerpräsident v. Podewils gab und zu dem zahlreiche Landtags-Abgeordnete gekommen waren. Ein wiederer Zentrums-Abgeordneter, seines Zeichens ein Bauer aus der „Schwarzesten“ Gegend Bayerns sah, wie liberale Abgeordnete der Frau v. Podewils, die die Honneurs machte, die Hand küßten. Flugs

ging der Zentrumsmann auf den Ministerpräsidenten zu und küßte diesem zum Ergötzen aller die — abgeriebene Rechte.

**Schiffsunglück.** Riga-Bureau wird aus Maribo gemeldet: Die Galeasse „Emma“ von Hamburg, mit Mais von Hamburg nach Delsingör unterwegs, ist in der Nähe der Insel Beiro nördlich von Laaland gesunken. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung ist auf Seeland gelandet. Der Kapitän ist wahrscheinlich ertrunken.

**Einwoi.** Der milde Winter hat neben anderen Unannehmlichkeiten auch die im Gefolge, daß die Versorgung mit natürlichem Eis erheblich unterbunden worden ist. Während sonst sich die Brauereien ihren Eiskeller aus den deutschen Gewässern füllen konnten und sich für den ganzen Sommer einen Vorrat schufen, müssen sie diesmal auf eine veraltete Versorgung verzichten. Am besten sind noch die großen Brauereien daran, die über Anlagen zur Erzeugung von Kunsteis verfügen. Zwar haben sich in den letzten Jahren immer mehr Brauereien solche Anlagen errichtet, doch gibt es immer noch eine ganze Anzahl von kleineren Brauereien, die ganz auf die Versorgung mit Natureis angewiesen sind. Die Brauereien erstreben daher eine Tarifiermäßigung für die Einfuhr von Natureis aus nördlichen Ländern.

**Die Leidensgeschichte einer Frau.** Aus Paris wird dem „Hb. Corresp.“ berichtet: Durch mehrere Anzeigen erhielt die Sicherheitsbehörde Kenntnis davon, daß ein hiesiger Apotheker mit Namen Parat aus rasender Eifersucht gegen seine 35jährige Frau, die Mutter von fünf Kindern ist, geradezu mittelalterliche Methoden anzuwenden pflegte. Die Polizei drang in die Wohnung des Apothekers und fand nach Sprengung einer Doppeltür die Frau, in dem Winkel einer kleineren Kammer lauernd, an Armen und Weinen mit Eisenstangen gefesselt vor. Die furchtbar verängstigte Frau wollte anfangs gar nicht gestehen, daß ihr Mann sie, so oft er das Haus verließ, auf diese Weise an jeder Bewegung verhinderte. Der Apotheker wurde bei seiner Rückkehr verhaftet und gab seinem Erlaunen darüber Ausdruck, daß die Polizei sich auf diese Weise in seine häuslichen Angelegenheiten mische.

**Strafensumpf.** In Kairo (Ägypten) ist es zwischen Beamten des Scheriffs und dem niederen Volk zu einem Strafensumpf gekommen, bei dem ein Welcher getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden. Die Menge wollte einen Negar, der am Abend des vorhergegangenen Tages eine Geldbörse stahl und deshalb verhaftet worden war, lynchen. Mehr als fünfhundert Leute zogen vor das Gefängnis und verlangten die Herausgabe des Gefangenen. Auf die Weigerung des Scheriffs drohte die Menge, in das Gefängnis einzubrechen. Darauf ließ der Scheriff feuern. Truppenkontingente sind nach der Stadt abgegangen.

**Ein merkwürdiger Fall von Bigamie** beschäftigt der „Frankf. Ztg.“ zufolge die Gerichte in Messina. Bei dem großen Erdbeben verlor der Weichensteller Scarcini dort seine ganze Familie. Alle Nachforschungen nach Frau und Kindern waren vergebens. Nachdem der Mann seine Frau zehn Monate lang beweint hatte, ging er eine zweite Ehe ein. Da fragte vor einigen Tagen ein sauber und einfach gekleidetes Weib am Bahnhof von Messina nach dem Scarcini. Sie wurde vor ihn geführt, und der Weichensteller traute seinen Augen kaum, als er seine tot geglaubte erste Frau erkannte. Die rätselhafte Wiederauferstehung fand so

fort eine natürliche Lösung. Die Frau war in schwer verwundeten Zustand auf einem der russischen Kriegsschiffe, die zur Hilfeleistung gekommen waren, weggebracht worden und hatte keine Nachricht geben können, da sie Analphabetin ist.

**Erdbeben auf Kreta.** Gestern früh fand in Ranea ein heftiges vertikales Erdbeben statt, das 14 Sekunden dauerte. Die Spitze des Minarets fiel um und zerstörte die Kuppel der Moschee. Viele Mauern stürzten ein, und Gebäude wurden beschädigt. Meldungen von Schäden treffen aus der ganzen Umgegend ein. In Marispeiro wurden sechs Einwohner unter den Trümmern eines Hauses verschüttet. Die Arbeiten zu ihrer Rettung wurden sofort aufgenommen.

**Das erste Verbot im Luftraum.** Dem Friedensrichter Morris S. Kammeloer in dem Städtchen Cedar Grove (Neu-Jersey) gebührt der Ruhm, die Warnung „Unbefugtes Betreten des Grundstücks ist verboten“ als erster auf den Luftraum übertragen zu haben. In Cedar Grove hat, so lesen wir in der „Vossischen Zeitung“, ein junger Notariker einen Monoplan gebaut und Flugversuche auf freiem Gelände in der Nähe des Hauses des Friedensrichters angekündigt. Dieser ließ daraufhin an der Spitze der Frauenstange vor seinem Hause folgendes Verbot in Kleinfeldern anbringen: „Allen Notarikern hiermit zur Warnung: Das Fliegen über diesem Hause ist bei Gefährdung strafbar verboten.“ Bei Anbruch der Dunkelheit wird die Warnungstafel durch Laternen beleuchtet. Man ist gespannt darauf, welche Folgen die Mißachtung der Warnung haben wird; denn der junge Notariker hat geäußert, es werde ihm ein besonderes Vergnügen sein, das Haus des Friedensrichters zu überfliegen.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: August Bebel. — Die Wandlung des Tarifvertrages eine Gefahr für die Gewerkschaften? Von Wilhelm Krenner, Gauleiter (Frankfurt a. M.). — Die Wahlreform der Hundert. Von Hans Bloch. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Woldt. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Robert Tiefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Von M. N. — Zeitschriftenkunde.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und  
Kommissionssitzungen

## V. u. A.

Montag abend 8 1/4 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Sonnabend morgen entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler

## Adolf Klüver

im 60. Lebensjahre.  
Lief betrauert von den Seinen.  
Dorothea Klüver geb. Hubel  
und Kinder.  
Al. Gräpelgrube 30.  
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 22. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr i. d. Kapelle (Burg.) statt.

Für bewiesene Teilnahme sowie reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres Sohnes, des Schlossers Friedrich Langhof sagen auf diesem Wege aufrichtigen Dank.

## F. Langhof und Familie.

Unserm Kollegen Karl Kirchner zu seiner Hochzeitsfeier ein dreimal donnerndes Hoch.

Die Kollegen der Schiffschmiede der L. M. G.

Die durstigen Seelen.

Zum 1. April eine Wohnung mit Gartenland zu vermieten. Preis 140 Mark.

H. Stapelfeldt, Fackenburg.

Ein gut möbl. Parterre-Zimmer zu vermieten.  
Attendorferstr. 33, part., Gürtortor.

Ein freundl. heizb. Zimmer nach vorn zu vermieten.  
An der Mauer 104.

Zum 1. April mehrere gr. helle abgeschl. 3-Zimm.-Wohnungen mit sämtlichem Zubehör zu verm. Preis 220—230 Mark.

Loigaustr. 18.

Mehrere klein. frdl. Wohnungen preisw. an ordentl. Leute zu verm. Dasselbst auch etwas Gartenland zu verpachten. Näheres bei Schnepel, Wasserweg 2, Mühlentor.

In verk.: 46 neue Zementfliesen, 30/31, 1 Herdplatte mit Zubehör, 4 gute Holzstühle, 4rad. Handwagen, 200 Pfd. trag., 1 Spieluhr m. Stahlgehäusen, 2 Stück 2-Kam.-Haus, gr. Defm. 2 Stülk. billig. Pflanzstr. 21a, 1.

**MAGGI'S WÜRZE**



ist  
**Jedermanns Nutzen**

Gesucht  
zu sofort ein  
als Schürmeister.

**E. Köster**, Beckergarube 88.

W. Fortz, sofort sehr bill. z. verk.:  
1 geb. Fahrrad m. Fel. u. Nitr.  
1 hölz. Werkst. 4 M.-Meter, auf  
Abbruch, 1 buchene Feilbank, zirka  
4 Mtr. lg., m. 2 Kästen, versch.  
Werkzeuge f. Schlosser, Schmiebe,  
Klempner, 1 Stehpult, 1 Siggade-  
wanne, 1 Schleifstein, 3 Belg. Nieten-  
kaninchen, 6 Mon. (Hässinnen) mit  
Stall.  
**H. Kleinfeld**,  
Burgtor, Grünerweg 22 a.

Billig zu verkaufen fast neue Möbel:  
Bettsof., Kleiderschrank, Tische, Stühle  
u. vieles m. Schönbockenerstr. 18, II.

Durch Zufall 2 neue Vertikos,  
nubd., billigst Ludwigstr. 69, I, 1.

Fahrrad billig zu verkaufen.  
Watenismauer 5.

**Für Liebhaber!**  
Mehrere Zwerghähne u. Hühner  
zu verkaufen. Geniesstr. 106.

**Brieftauben** wegen Aufgabe der  
Zucht z. verkaufen.  
Düstere Querstr. 16, I.

Am Sonntag sind  
Ferkel zu verkaufen.  
Gasthof  
zum roten Löwen.

**Herzlicher Sonntagsdienst**  
am Sonntag, 20. Febr. (von 1 Uhr ab):  
Dr. med. Paul Reuter, Mühlentor 5a.  
Dr. med. Gösch, Fackenburgstr. 13/15 I.  
Dr. med. Feldmann, Breitestr.

Darteln, Betriebst., Baugeld  
an jedermann unter günstigen Be-  
dingungen. **A. Reiche**,  
Breitestr. 51, 2. Aufg., 2. Stg.

**Visitkarten**  
— ff. Elfenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.  
Johannisstraße 46.

**Einsegel.**  
Sonntag, den 20. Februar 1910  
**Großes Bockbierfest**  
verbunden mit  
**Tanzkränzchen und**  
**humorist. Vorträgen**  
von Herrn C. Stoll.  
Eintritt 60 Pfg., wofür Bodwürst.  
Anf. 5 Uhr, 9 Uhr: Rappen-Polka.  
**F. Jenkel**

**Allgemeine freiwillige  
Kranken- und Sterbefasse**  
C. S. Nr. 3 in Stöckelsdorf.

**General-Versammlung**  
am Sonntag, 20. Februar,  
nachmittags 4 Uhr,  
im Gesellschaftshaus L. Paetau  
in Fackenburg.  
L. D.: Abrechnung. Wahlen nach  
§§ 17, 18 u. 20 des Statuts.  
Statutenausgabe.  
Der Vorstand.

**Brauerei Fackenburg.**  
Heute Sonntag:  
**Konzert mit Tanzkränzchen.**  
nachf.  
im festlich dekorierten Saale.  
Anf. d. Konz. 4 Uhr, d. Kränzchens  
6 Uhr. Eintritt 10 Pfg.  
**Otto Tamsen.**

**Wilhelm-Theater.**  
Jeden Sonntag: **Tanz.**

Verband der  
**Schiffzimmerer Deutschl.**  
Zahlst. Lübeck.  
Einladung zum

**BALL**

unter Mitwirkung des Dilettanten-  
klubs St. Gertrud  
am Sonntag, dem 20. Febr. 1910  
im Lokale „Neu-Lauerhof“,  
Arminstraße 33.  
Anfang 5 Uhr. Ende morgens.  
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg.,  
wofür Garderobe.

**Konzerthaus Harmonie**  
116 Sügtstraße 110.  
Morgen Sonntag, 20. Februar  
Allgemein beliebtes  
urfrisches  
**Bockbierfest!**  
Rappen und Nleder gratis.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei!  
Österreichisches  
Damen-  
Orchester-  
**Waldglöckchen.**

**Waisenhof.** Morgen Sonntag  
Großes  
Tanzkränzchen  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt frei.

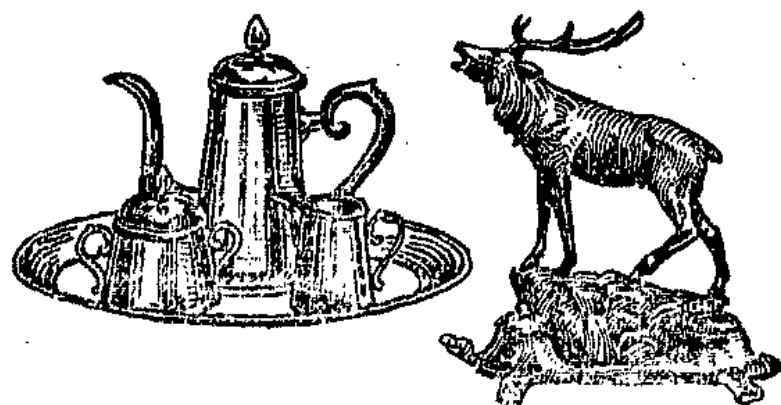
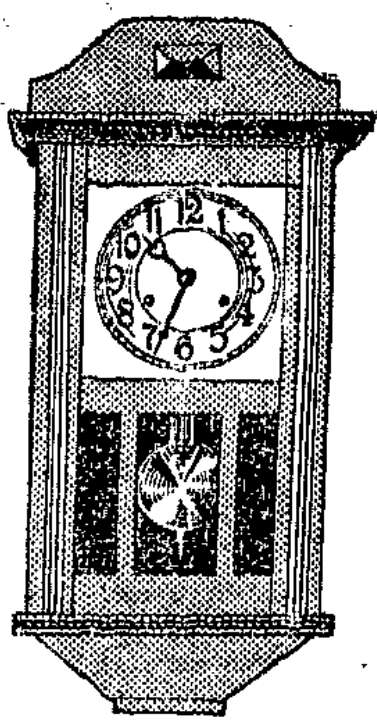
**Hansa-Theater.**  
Nur von Sonntag, 20. Febr.  
bis einschl. Sonntag, 27. Febr.  
Gastspiel der Pantomimen-  
Gesellschaft „Maory“  
in ihrer großen Original-  
Pantomime:  
**Ein ruhiges Zimmer**  
zu vermieten.  
(7 Personen.)  
SistersPereell | Hermine Held  
Mus. Tanzakt | Konz. Säng.  
**Les Romantiques**  
Humorist. Danz-Gesangs- u.  
Verwandlungs-Quintett.  
Rudolf Berger | 5 Libellen  
mod. Humor. | Gesangs-  
u. Rezitator. | Ensemble.  
The 4 Bernhards | The 3 Cornells  
d. beste, elegant. | Musikal.  
kom. Gymn.-A. | Exzentrik.  
Vorverkauf bei **Sager**.  
Sonntag, 20. und 27. Febr.  
nachm. 4 Uhr  
Fremden- u. Schüler-Vorstell.  
Ermäßigte Preise.

**Neues Stadttheater.**  
Sonntag, 20. Febr. Nachm. 3 Uhr.  
4. Volks-Vorst. Jeder Platz 50 Pfg.

**Die Ehre.**  
Schauspiel von G. Subermann  
Vorverkauf heute Sonnabend 8—  
Uhr abends an der Theaterkasse  
Alle Plätze werden ausgelost.  
Sonntag, 20. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Abonnement 135.

**Cavalleria rusticana.**  
Oper von P. Mascagni.  
Hierauf: **Der Bajazzo.**  
Oper von R. Leoncavallo.  
Montag: **Der Troubadour.**  
Oper von G. Verdi.  
Dienstag: **Am 1. Mal**  
**Strandkinder.**  
Schauspiel von G. Subermann





Geschenkt bekommen Sie neben abgebildete u. noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie das **Schuhcrème**

**„Nigrin“**

in Ihrem Haushalt verwenden.

Alleiniger Fabrikant: **Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Produkte, Göppingen.**

# Metropol-Theater

Lübeck

Breitestraße (Ecke Huxstraße).

Das neue Programm dieser Woche:

**Die grosse Ueberschwemmung in Frankreich.**

Original-Naturaufnahme.

Die Goldspinne. Grosses koloriertes Märchen.

**Die Tragödie von Belgrad.** Grossartiges Drama nach

den bekannten Vorgängen am serbischen Königshof im Jahre 1900.

Die Jahreswende. Humoristisch.

Glima-Ringkämpfe. Isländisches Sportbild.

**Bescheidene Liebe.** Ergreifender Zirkus-Roman.

Mohrchen als Mädchen für alles. Humoristisch.

Reitübungen der Kollbrizwerge. Variétébild.

**Gerechtigkeit eines Räubers.** Drama.

August, hüte Deinen Hut

sowie erstklassige Tonbilder.

## Einladung zur Feier des 70. Geburtstages

unseres Genossen

**August Bebel,**

des verdienstvollen Mitbegründers der deutschen Sozialdemokratie, bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert, Festrede, Deklamationen, leb. Bildern u. Gesangsvorträgen, am Dienstag, dem 22. Februar.

Anfang präzise 8 Uhr abends.

Eintritt 25 Pfg.

Eintritt 25 Pfg.

Festrede des Genossen **Simon Katzenstein** aus Berlin.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

NB. Karten im Vorverkauf: Im Partalsekretariat, im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, bei Carl Wittfoot, bei Gustav Ehlers, bei Helnr. Radde, beim Barbier Franz Kuhr, bei den Distriktsführern und Komiteemitgliedern.

## Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 51-52.

Heute Sonntag:

Musikalische Abend-Unterhaltung.

Ausschank ff. hiesiger Biere. ff. Hamburger Küche.

Mittagstisch 65 Pfg., 12-3 Uhr.

Spezial-Abendplatte.

**Adlershorst.**

Jeden Sonntag: Tanz.

**Panorama**  
Breitestr. 53, I., Fl.  
Neue Aufnahmen.  
**Rhein.**  
Von Köln bis Mainz.

**Stadthallentheater.**  
Sonntag, 20. Febr. 7 1/2 Uhr.  
„Die Liebe wacht“.  
Lustspiel von Caillavet u. de Flers.  
Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Rod, Kohlmarkt 13.

## Deutsch-Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum

## Ball und Kappenfest

der organisierten Metallarbeiterinnen

verbunden mit

Theater-Aufführung und humoristischen Vorträgen am Sonntag, dem 20. Februar 1910

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Herrenkarte im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg., eine Dame frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

## Achtung Hafenarbeiter!

Gemeinschaftl. Mitglieder-Versammlung

am Montag, dem 21. Februar 1910

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Wahlen nach § 49 des Statuts und sämtlicher Woten.

3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiche Beteiligung eruchtet

Der Vorstand.

## Seefahrer-Krankenkasse (E.H.Nr.16)

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, dem 27. Februar 1910, nachmittags 4 Uhr,

bei Herrn J. Jähns, Engelsgrube 59.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts besonders aufmerksam.

Der Vorstand.

## Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 6. März:

2. öffentl. Volksmaskerade.

Vorzugsstarten a 30 Pfg. werden im Lokal ausgegeben.

Karten im Vorverkauf sind bei den Herren Karl Balert, Schwartauer Allee 25, Wieghors & Jasper, am Markt, und Friedrich Nagel, am Markt, zu haben.

Mit Sonderzug, 20 Eisenbahnwagen, traf gestern nacht

Haases

## Stufenbahn im Prachtbau

hier ein und wird auf dem Burgfeld Aufstellung finden.

Eröffnung Donnerstag, 24. Februar nachmittags 5 Uhr.

Alles Nähere weitere Annoncen und Plakate.

Sonntag, den 13. Februar:

**Tanzkränzchen**  
in nachstehenden Lokalitäten:  
Konzerthaus Fünfhausen.  
Großes Tanzkränzchen.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
Ende 2 Uhr. A. W. Neumann.

**Wakenitz Bellevue**  
Heute, Sonntag:  
Tanzkränzchen.  
Mus. v. Garn.-Klub Lovetoy.  
H. Fürbötter.

**Friedrichshof.**  
Großer Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.  
Eintritt frei.  
Hans Möller.

**Central-Hallen.**  
Große Tanz-Musik.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.  
Ende 2 Uhr. W. Borgwardt.

**FLORA.**  
Großes Tanzkränzchen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei. Max Siems.

**Louisenlust.**  
Gr. Tanzmusik.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
Johs. Benn.

**Friedr. Franz-Halle**  
Großes Tanzkränzchen.  
Anf. 4 Uhr. Gintr. frei.  
L. Stamer.

**Hansa-Halle.**  
Großes Tanzkränzchen.  
Anfang 5 Uhr. C. Kühn.